Die Konferenz, die den revisionistischen Verrat besiegelte Seite 8

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 29 vom 17. Juli 1976 | 10. Jahrgang | 50 Pfennig

Eine faschistische Aggression

Bonn jubelt über israelischen Gewaltakt

Fast 30 Menschen wurden ermordet, Palästinenser, Juden und ugandische Staatsbürger. Ein souveräner Staat wurde in einer Nacht- und Nebelaktion von israelischen Streitkräften überfallen, militärische Anlagen in die Luft gesprengt, Soldaten getötet. Mit diesem Überfall begingen die israelischen Zionisten ein abscheuliches und feiges Verbrechen, einen Gewaltakt, der nach jedem – nationalen und internationalen – Recht als Mord und Aggression bezeichnet werden muß.

Was taten aber die Herren in Washington, Bonn, Paris und anderswo, die sich gewöhnlich als die Hüter von Recht und Menschlichkeit aufspielen? Sie bejubelten dieses Verbrechen in den höchsten Tönen! Allen voran die Springer-Presse, die diese faschistische Aggression als „Heldenstück des Jahrhunderts" verherrlichte und für die zionistischen Mörder gleich 90 000 DM springen ließ.

Rettung von Menschenleben?

Haben hier tatsächlich israelische Soldaten ihr Leben für die Rettung von Menschenleben gewagt, wie die bürgerliche Presse behauptet? Das haben sie nicht. Ganz abgesehen davon, daß der sicherste Weg, das Leben der Geiseln zu retten, die geforderte Freigabe der gefangenen Palästinenser gewesen wäre, war die Rettung der Geiseln keine Sekunde das eigentliche Ziel dieser Aggression. Im Gegenteil. Drei von ihnen wurden von ihren „heldenhaften Befreiern" kaltblütig erschossen, elf wurden verletzt. Und hatten etwa die ugandischen Soldaten, hatten die Flugzeugentführer kein „Recht auf Leben"?

Für die israelischen Zionisten nicht. Und auch für die Imperialisten nicht:

Nachdem die Presse Anfang der Woche zunächst versucht hatte, den Tod der Geiseln den Flugzeugentführern in die Schuhe zu schieben (dazu wurde sogar ein „Augenzeuge" bemüht), gab der israelische Generalstabchef Gur am Ende der Woche offen zu: „Die Soldaten wiesen die Geiseln auf hebräisch an, liegen zu bleiben. Wer nicht darauf hörte, wurde getroffen. Deshalb sind drei der Geiseln getötet und elf verletzt worden." Genauso kaltblütig wie die Geiseln wurden auch ugandische Soldaten erschossen. Generalstabchef Gur: „Sie (die ugandischen Soldaten – RM) wurden getötet. Andere waren hinausgerannt und erlitten das gleiche Schicksal." Und Israels Premier Rabin kommentierte angesichts von fast 30 Toten: „Ich bin überglücklich, vor allem weil wir mit viel mehr Toten gerechnet hatten. Daß es so gut gehen würde, hatten wir nicht einmal zu hoffen gewagt."

Die westlichen Imperialisten waren sich mit den israelischen Zionisten einig: die Opfer dieser Aggression sind keine Tränen wert. Kaum ein, zwei Zeilen wurden in den Zeitungen über sie verloren. So sah es also in Wirklichkeit mit der „Menschenliebe" des israelischen Militärkommandos aus. Es war in Wahrheit ein Mordkommando, das, wie „Welt"-Reporter Lützenkirchen im „Stürmer"-Stil jubelte, „einen Krieg auf 500 mal 500 m" führte, das, wie eine andere Zeitung schrieb, einen Schlag „gegen das Herz Afrikas" führte. Dieser Terrorakt richtete sich gegen die OAU, deren Vorsitz Idi Amin gegenwärtig innehat, er richtete sich gegen die Solidarität, die die afrikanischen Völker und Staaten mit dem gerechten Kampf des palästinensischen Volkes üben.

Eine mutige Aktion?

Der Überfall des israelischen Kommandos auf Uganda war zutiefst ungerecht. Ein solcher Massenmord ist kein Heldenstück, sondern ein Verbrechen. Aber darüberhinaus kann auch keine Rede davon sein, daß hier mit „faszinierender Kühnheit" vorgegangen wurde. Das genaue Gegenteil ist der Fall.

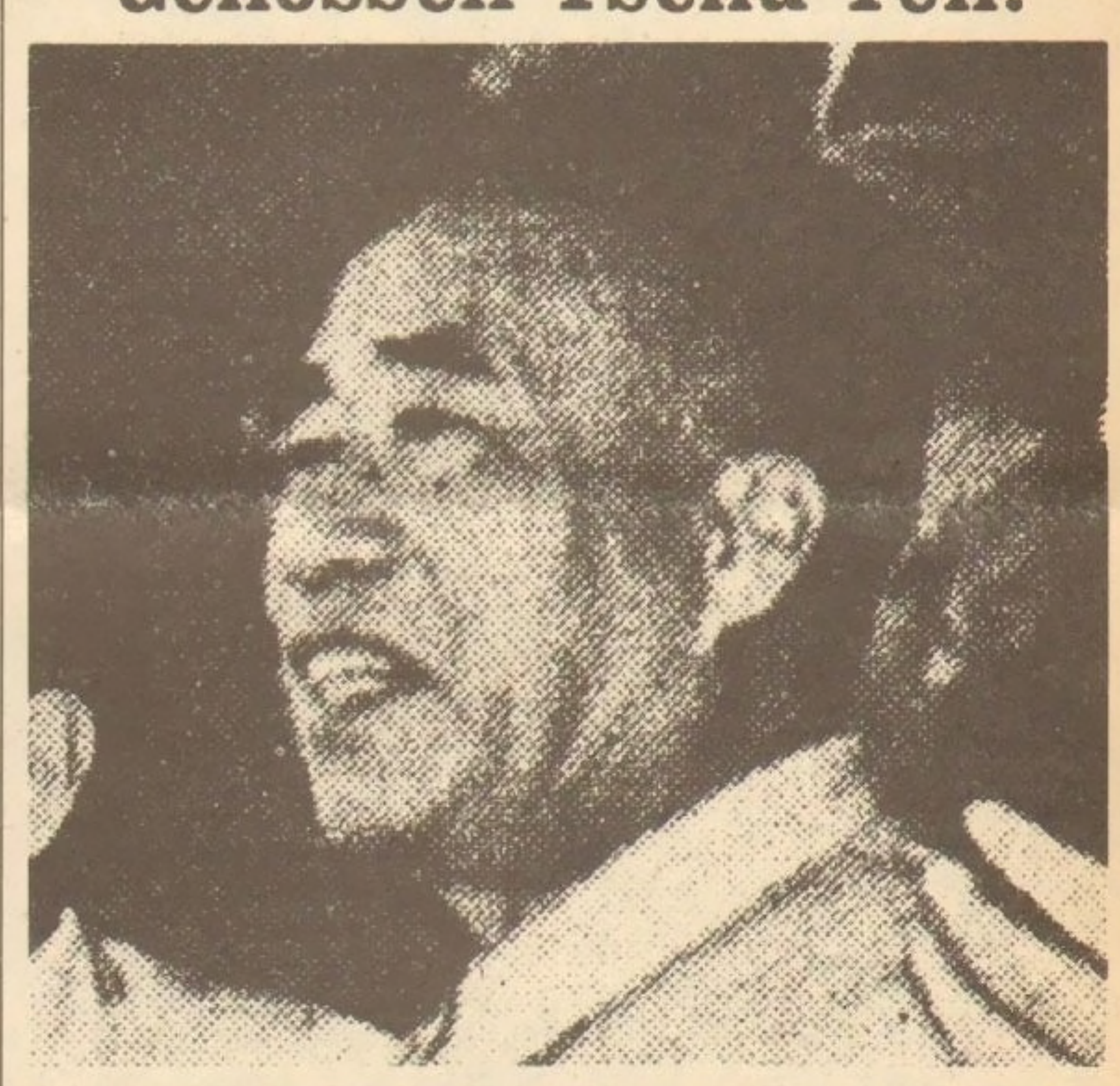
Fortsetzung auf S. 2, Spalte 3

55. Jahrestag der Gründung der KP Chinas



Gen. Mao Tsetung in Yenan auf einer Kaderkonferenz (Bleistiftskizze). Siehe Art. S. 9

Ehre dem Andenken des Genossen Tschu Teh!



Am 6.7.76 starb im Alter von 90 Jahren der Genosse Tschu Teh, Mitglied des ZK der KP Chinas, Mitglied des Politbüros des ZK und des ständigen Ausschusses des Politbüros, Vorsitzender des 4. Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China.

Terrorurteil gegen die Rote Hilfe

7 Monate Gefängnis ohne Bewährung

Am 8. Juli wurde im Prozeß gegen den Genossen Michael Banos, ehemals presserechtlich Verantwortlicher für Flugblätter der ROTEN HILFE, das Urteil gesprochen: 7 Monate Gefängnis ohne Bewährung! Sein „Verbrechen": die Herausgabe von 6 Flugblättern, in denen die ROTE HILFE über den Polizeimord an Genossen Günter Routhier aufklärte, über die Isolationsfolter in den Gefängnissen informierte und aufrief zur Solidarität mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen.

Gerade in den letzten Wochen, wo die Wahlpropaganda der bürgerlichen Parteien wieder auf Touren kommt, bemüht sich die Bourgeoisie, den Staat und seine Politik als Ergebnis des „Kampfes der Meinungen" hinzustellen. So versucht die CDU zum Beispiel unter der Parole „Freiheit oder Sozialismus" den Eindruck zu erwecken, sie wolle eine grundsätzliche Diskussion um diese Frage entfachen, in der „nur die Argumente zählen". Doch wehe dem, der vom revolutionären Standpunkt aus zeigt, was tatsächlich hinter dieser „Freiheit" des Kapitalismus steckt: 7 Monate Gefängnis ohne Bewährung dem, der die Ausbeuter Ausbeuter nennt, die Unterdrükker Unterdrücker, der die Verbrechen von Justiz und Polizei offenbart, die Mörder Mörder nennt und die Werktätigen zum revolutionären Kampf aufruft – das ist die Wirklichkeit der verlogenen Phrasen von „Meinungsfreiheit" und „Pressefreiheit".

Suchte der Richter vielleicht die Wahrheit in diesem Prozeß, untersuchte er die Argumente, um der Wahrheit zum Recht zu verhelfen? Keineswegs. Er lehnte jeglichen Beweisantrag des Genossen Michael sogar von vorneherein ab, ließ ihn seine Beweise nicht einmal vortragen. Daß hier in aller Offenheit ein Terrorurteil verfaßt wurde, zeigt in aller Deutlichkeit auch der Vergleich zwischen dem Prozeß in erster Instanz und der jetzigen Berufungsverhandlung. In erster Instanz war Genosse Michael zu einer Strafe von 7 Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt worden. Im Verlauf des Berufungsprozesses mußte das Gericht jetzt sogar noch drei der acht Anklagepunkte fallen lassen, da eine Anklage inzwischen verjährt und zwei weitere so haltlos waren, daß selbst der Staatsanwalt darauf verzichtete. Dennoch aber wurde das Strafmaß nicht etwa geringer. Das Gericht hob vielmehr das erste Urteil auf und verhängte für vier Flugblätter gegen die Isolationsfolter 6 Monate, für ein Flugblatt zum Mord an Genossen Günter Routhier 3 Monate und für ein Flugblatt, das einen Richter als „erbärmlichen Büttel der Kapitalistenklasse" bezeichnete, 1 Monat – zusammengezogen: 7 Monate Gefängnis ohne Bewährung.

Für die Menschen im Zuschauersaal des Gerichts war offensichtlich: da saß ein Gericht, daß sich auch nicht im geringsten darum kümmerte, ob der Angeklagte im Recht war, ja das ihn möglichst gar nicht zu Wort kommen lassen wollte, um ihn dann einfach abzuurteilen. Da war ein Angeklagter, der bewies, daß er im Recht ist, daß hinter ihm

Fortsetzung auf S. 7, Spalte 1

AUS DEM INHALT

Bericht der ROTEN GARDE Delegation

Vom revolutionären Geist der albanischen Jugend lernen

Was wir bei unserem Besuch in Albanien – auf Einladung des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens – gehört, gesehen und erlebt haben, ist ein großes Beispiel und eine Hilfe für den Kampf der ROTEN GARDE hier. Am letzten Tag unseres Besuches waren wir zu einer Versammlung von Arbeiterjugendlichen in Tirana eingeladen, wo sich in einer revolutionären Stimmung, in begeisternden Parolen nochmals die enge Verbundenheit unserer beiden Parteien und Jugendverbände ausdrückte, die auf dem Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus beruht.

„Überall, wo wir hinkamen, ob nach Kruja, Durres, Skodra, Vlora oder Tirana, wurden wir von unseren albanischen Genossen herzlich empfangen. In den Gesprächen mit der Arbeiter-, LPG- und Schuljugend erfuhren wir von den wichtigsten Initiativen des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens im letzten Jahr: von der großen Teilnahme der Jugend an der Diskussion der neuen Verfassung, von der aktiven Teilnahme der Jugend an der Aufstellung des neuen 5-Jahr-Planes, von den Initiativen zum 35. Jahrestag der Gründung der Partei der Arbeit Albaniens.

Ob es Initiativen zur Sparsamkeit in der Produktion sind oder zur Neugewinnung von Land, zum Studium der Geschichte der Partei der Arbeit Albaniens oder zur Verbesserung der militärischen Ausbildung, Solch eine revolutionäre und fröhliche Stimmung wie auf diesem Abschiedsabend erlebten wir auch auf einem Jugendabend in Skodra mit Tanz, Liedern, Gedichten und humoristischen Kurzgeschichten, die die Jugendlichen mit großem Können vortrugen.

Was uns auch sehr beeindruckte, war die Verbundenheit der älteren Menschen mit der Jugend, die gegenseitige Achtung und Hilfe. Gleich bei unserem ersten Besuch im Mechanischen Werk Enver Hoxha in Tirana trafen wir eine Neuerergruppe für die Verbesserung und Entwicklung von Maschinen, die ein Held der Arbeit zusammen mit Jugendlichen gegründet hat. Aber natürlich helfen die älteren Menschen der Jugend nicht nur bei der Arbeit, sondern erziehen sie auf Grund ihrer großen Lebenserfah-



Zentralorgan des Verbandes der Jugend der Arbeit Albaniens

in allem zeigte sich der revolutionäre Geist der Jugend. Überall begegneten wir einer wachsamen und opferbereiten Jugend, voller Liebe und Treue zur Partei und zum Genossen Enver Hoxha. Von der Partei geführt und erzogen im Kampf gegen die bürgerliche Weltanschauung, Kultur und Moral, wird diese Jugend sicher allen Arten der imperialistischen Erpressung standhalten. Bewußt geht sie an den weiteren Aufbau des Sozialismus mit der großen Perspektiven des Kommunismus vor Augen.

Wir haben auf einer LPG bei Vlora selbst mit Arbeiterjugendlichen gesprochen, die sich entschlossen hatten, das ganze Leben auf dem sozialistischen Dorf zu arbeiten, um dorthin den Geist der Arbeiterklasse zu tragen und mitzuhelfen, die Unterschiede zwischen Stadt und Land weiter zu verringern. Auf einem Abschiedsabend für Mittelschüler in Vlora versicherte die Jugend, immer dorthin zu gehen, wohin, die Partei sagt, wo das Land sie braucht, und schon am nächsten Tag begannen sie eine Aktion zur Bewässerung des Landes.

rung. Sie erzählen von den Zeiten der brutalen Ausbeutung und Unterdrückung des albanischen Volkes, von seinem heldenhaften Befreiungskampf gegen die italienischen und deutschen Faschisten. Die Partei und die älteren Menschen werden die Jugend nie vergessen lassen, mit wieviel Blut und Opfern das albanische Volk die Freiheit erkämpft hat, mit wieviel Entschlossenheit und Mut die Diktatur des Proletariats gegen alle Angreifer verteidigt und gefestigt wurde.

Die großen bisher erreichten Erfolge steigen aber der Jugend nicht zu Kopf. Im Gegenteil, überall wollten sie ihre Arbeit noch verbessern, alle Kräfte anstrengen, um den Sozialismus weiter aufzubauen und die Diktatur des Proletariats weiter zu festigen.

Die ROTE GARDE muß nicht nur von dem revolutionären Geist der albanischen Jugend heute lernen, sondern von der gesamten heldenhaften Geschichte des albanischen Volkes, in der die Jugend immer ihre Tapferkeit und Opferbereitschaft im Kampf um die Freiheit bewiesen hat."

Eine faschistische Aggression

Fortsetzung von Seite 1

Bekanntlich hatten die israelischen Zionisten einige Tage nach der Entführung plötzlich erklärt, sie seien zu Verhandlungen bereit. Inzwischen geben sie offen zu, daß das nichts als ein Täuschungsmanöver war, das die faschistische Aggression gegen Uganda vorbereiten sollte. Gestützt auf diese Lüge, gelang es dem israelischen Kommando, eine Landeerlaubnis in Uganda zu bekommen, als es erklärte, es brächte die von den Entführern geforderten Gefangenen. Aber die Hinterhältigkeit ging noch weiter. 4 Zivilisten wurden vorgeschickt, die sich als Verhandlungsdelegation ausgaben. So ins Flughafengebäude gelangt schossen sie die ugandischen Soldaten, die mit ihnen sprechen wollten, nieder. Das Blutbad von Kampala begann.

Und aus diesem Vorgehen soll Kühnheit und Mut sprechen? Daraus spricht in Wirklichkeit nichts anderes als Niedertracht und Feigheit, daraus spricht die Skrupellosigkeit von Gangstern. Genauso zeigt sich die absolute moralische Verkommenheit aber auch bei all denen, die diesen Überfall als „Heldenstück" hochjubelten oder etwa wie Bundesjustizminister Vogel erklärten: „Das Recht hat sich behauptet, Unrecht und Gewalt haben eine schwere Niederlage erlitten."

Israelischer Alleingang?

Die westliche imperialistische Welt pries die faschistische Aggression gegen Uganda als Tat des „kleinen Israel". Der Wahrheit näher kommt es schon, wenn ein Mitglied des Bonner Krisenstabes erklärte: „Da haben die Israelis wiedermal für uns Europäer die Kastanien aus dem Feuer geholt." Hinzufügen muß man, daß diese Aggression nicht nur im Interesse der europäischen Imperialisten, sondern vor allem sogar der US-Imperialisten durchgeführt wurde, ohne deren Einverständnis und ohne deren Unterstützung das „kleine Israel" diesen Überfall weder gewagt hätte, noch hätte durchführen können.

Faschistische, rassistische Hetze

Vor nun bald 40 Jahren schrie Hitler nach dem von den Faschisten selbst initiierten Überfall auf den Sender Gleiwitz: „Seit 5.45 Uhr wird zurückgeschossen." Nach dem Muster dieser faschistischen Propaganda der Hitlerfaschisten, mit der sie ihren faschistischen Überfall auf Polen „rechtfertigten", wird jetzt der Überfall der israelischen Zionisten als „Akt der Notwehr" und der „Selbstverteidigung" hingestellt, werden „Völkerrechtler" gefunden, (wie sie auch Hitler fand) die „wissenschaftlich" erklären, daß es Idi Amin war, der Israel angegriffen und seine Souveränität verletzt hat. Wo die Völker der Welt eine Verurteilung Israels fordern, da erklären die Zionisten unter dem Beifall der Imperialisten aller Länder, der eigentliche Aggressor sei der ugandische Präsident.

Auch sonst steht die faschistische Propaganda, die sich immer noch in den Zeitungen findet, der des Hitlerfaschismus in nichts nach. Angesichts der Hetze, die die bürgerliche Presse, allen voran Springer, heute gegen Idi Amin, den Präsidenten eines souveränen Staates und Vorsitzenden der OAU entfaltet, würde selbst der „Stürmer" vor Neid erblassen. Das Bild, das von den „Herrenmenschen" in Tel Aviv in den letzten Wochen gezeichnet wurde, könnte ein Goebbels nicht besser malen. Geändert haben sich lediglich Worte. Wo Hitler von „Herrenmenschen" und „Untermenschen" sprach, da redet die moderne imperialistische Welt von „zivilisierter" und „nicht zivilisierter" Welt.

Schluß mit der Unterstützung der israelischen Zionisten!

Warum wurde dieser Überfall von den israelischen Zionisten durchgeführt, warum von den Imperialisten aller Länder als „Heldenstück des Jahrhunderts" gefeiert? Aus dem einfachen Grund, weil Israel, die Speerspitze des Imperialismus im Nahen Osten, immer mehr in die Isolation gerät. Für immer mehr Menschen hat Israel, mit unglaublichem Propagandarummel als „Heimat der jahrhundertelang Vertriebenen" aufgebaut, den verlogenen Glanz des „Pionierstaates" verloren. Immer mehr Menschen sehen stattdessen das Blut von Tausenden aus ihrer Heimat vertriebenen und unterdrückten Palästinensern, sehen die amerikanischen Waffen, mit denen Israel seine Aggressionen verübt, sehen die russischen Einwanderer, die einen beträchtlichen Teil seiner Soldaten stellen, sehen, daß auch mit deutscher Hilfe und Unterstützung hier ein faschistisches Regime wütet, dessen einziger Daseinszweck es ist, im Interesse der beiden Supermächte und der anderen Imperialisten zu verhindern, daß Palästinenser und Juden in Frieden miteinander in ihrer Heimat leben.

Deshalb wächst die Solidarität mit der gerechten Sache des palästinensischen Volkes, wächst der Zusammenschluß der arabischen Völker gegen den Imperialismus und besonders gegen die beiden Supermächte.

Der Überfall auf Uganda war dazu gedacht, in diese wachsende Front eine Bresche zu schlagen, Sympathie für die israelischen Aggressoren zu gewinnen. Aber er wird auf Dauer das Gegenteil erreichen und die israelischen Zionisten und ihre Kumpanen noch schärfer entlarven: als eine Gangsterbande, die vor keinem noch so feigen und niederträchtigen Verbrechen zurückschreckt.

Kurz berichtet

WUPPERTAL

Im Juni erschien die erste Nummer der Zeitung „Rote Schülerfront", die die ROTE GARDE für das Gymnasium in der Bayreuther Straße herausgibt. Neben einem Leitartikel, in dem sich die ROTE GARDE vorstellt, enthält die Zeitung Artikel zum Tod Ulrike Meinhofs, zur Oberstufenreform und zu den Fahrpreiserhöhungen, die in Wuppertal für Anfang 1977 angekündigt sind.



DORTMUND

Auch hier gibt die ROTE GARDE eine neue Jugendzeitung für den Stadtteil Scharnhorst heraus, die unter dem Titel „Revolutionäre Jugend" kürzlich zum erstenmal erschien. Die erste Nummer behandelt die Lage der Jugendlichen im Kapitalismus und zeigt am Beispiel Albaniens, welche glänzenden Aussichten die Jugend im Sozialismus erwarten.



LINGEN

Am 25.6. zeigte die ROTE GARDE hier den Film: „Ernst Thälmann, Sohn seiner Klasse". Etwa 12 Freunde und Genossen kamen. Sie spendeten 15 DM zur Unterstützung politischer Gefangener.

DETMOLD

Gemeinsam mit Genossen der Liga gegen den Imperialismus agitierte die ROTE GARDE gegen den „Tag der offenen Tür", den britische Besatzertruppen organisierten. Sie verteilten Flugblätter in der Innenstadt und malten in der Nacht vorher eine große Parole direkt an der Zufahrtstraße zur Kaserne. Die Detmolder Politische Polizei versuchte in einem Großeinsatz, die Agitation und Propaganda zu verhindern, so daß die Genossen keine Flugblätter mehr in der Kaserne verteilen konnten. Es gelang einem Spitzel ein Überfall auf einen Genossen in einer einsamen Straße, wo er ihm den Fotoapparat entriß und im Auto davonraste.

WESTBERLIN

Am 19.6. führte die ROTE GARDE eine Veranstaltung durch zum Thema: „Das sozialistische China, Bollwerk der Weltrevolution". Die Genossen hatten diese Veranstaltung vor allem beim Atze-Fest der modernen Revisionisten propagiert. Etwa 80 Freunde und Genossen kamen, darunter etwa 20, die zum ersten Mal eine Veranstaltung der RG besuchten. Die Genossen zeigten Dias aus der VR China, zwei Genossen, die erst kürzlich aus der VR China zurückgekehrt waren, berichteten anschaulich über die Lage und den Kampf der Jugend in China. Unter anderem zeigten sie Bilder von Wandzeitungen aus der Universität Peking, die schon seit längerer Zeit den Kampf gegen den Rechtsopportunismus führt, und Dias von Demonstrationen chinesischer Arbeiter, die die Entmachtung Deng Hsiao-pings und die Zurückweisung seiner rechtsopportunistischen Linie begrüßen.

Offen gesagt ...

Verräter und Provokateur!

„Unerwünscht! Agent des Intelligence Service!" – Mit dieser Begründung lehnte der damalige schwedische Außenminister Unden das Einreisevisum eines prominenten Deutschen ab. In Westdeutschland dagegen war dieser Mann sogar sehr erwünscht – beim Aufbau der SPD und der „freiheitlich-demokratischen Ordnung" nämlich, wie die Krupp, Thyssen usw. ihren neuen Staat nach 1945 tauften.

Heute, zum 70sten Geburtstag von Herbert Wehner, sind die bürgerlichen Zeitungen voll von Berichten über diesen Mann, den einige Unermüdliche immer noch als „Altkommunisten" und „Linken" verkaufen wollen.

Aber eine große Klappe macht noch keinen „Volksvertreter", geschweige denn einen Kommunisten. Und auch die ehemalige Mitgliedschaft in der KPD ist kein Beweis für eine antifaschistische Vergangenheit, besonders dann nicht, wenn man wie Herbert Wehner wegen Feigheit und erwiesenem Denunziantentum aus ihr ausgeschlossen wird.

Wehner hatte sich in die KPD und sogar in das Zentralkomitee der KPD eingeschlichen und lieferte von dieser Stelle aus der Gestapo Kommunisten und Antifaschisten ans Messer. An Beweisen dafür fehlt es nicht:

An sich beauftragt, mit mehreren Genossen zusammen aus dem Ausland nach Deutschland zurückzukehren und dort den Kampf gegen den Hitlerfaschismus anzuleiten, setzte Wehner sich nach Schweden ab und schickte die anderen Genossen allein nach Deutschland. Er selber ließ sich in Schweden verhaften. Im Gefängnis schrieb er einen ausführlichen Bericht über alle Genossen, die er nach Deutschland geschickt hatte, über die Wege, auf denen das geschah, über die schwedischen Matrosen, die den deutschen Antifaschisten geholfen hatten, über Anlaufstellen, Deckadressen, über den illegalen Apparat der KPD.

Die Folge: Alle von Wehner nach Deutschland geschickten Antifaschisten und zahlreiche schwedische Fischer wurden verhaftet. Einer der Kämpfer gegen den Hitlerfaschismus – Jacob Walter – wurde hingerichtet.

Wehner dagegen wurde nach kurzer Zeit auf Intervention einer fremden Botschaft aus dem Gefängnis entlassen und bekam in Schweden einen Wohnsitz. Sofort nach dem Zusammenbruch des Hitlerfaschismus wurde er dann nach Deutschland geholt. Man brauchte solche Subjekte wie ihn, die bewiesen hatten, daß sie, um einen Platz in den Reihen der Bourgeoisie zu ergattern, vor keiner Schandtat zurückschrecken. Mit solchen Verrätern und Provokateuren und mit Tausenden und Abertausenden von alten Nazis bauten die deutschen Imperialisten unter dem Kommando der amerikanischen Herren den westdeutschen Staat auf.

Bekanntlich nennen die Kapitalisten und ihre Politiker diesen Staat „Demokratie" und behaupten, er sei als Gegenstück zum Hitlerfaschismus aufgebaut worden. Und wenn von den Männern die Rede ist, die diese „Demokratie" aufgebaut haben, dann fällt mit schöner Regelmäßigkeit auch der Name des „Antifaschisten Wehner".

Wir haben nichts dagegen, wenn die Kapitalisten Wehner als Aushängeschild für „Demokratie" benutzen, denn Wehner und die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" passen zusammen. Sie taugen beide nichts!



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Hamburg Druck: Alpha-Druck GmbH, 46Dortmund Erscheinungsweise: wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30,-- DM für 1 Jahr, 15,-1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Aufruf des ZK der KP Polens

Am 5. Juli sendete „Radio Tirana" einen Aufruf des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Polens an die polnische Arbeiterklasse und das polnische werktätige Volk. In dem Aufruf begrüßt die KP Polens den Kampf und den Sieg der polnischen Arbeiterklasse gegen die Lebensmittelpreiserhöhungen, die die sozialfaschistische Gierek-Clique durchführen wollte. Die KP Polens ruft die polnische Arbeiterklasse und alle polnischen Werktätigen auf, die revolutionäre Einheit zu festigen und den Klassenkampf für den Sturz der revisionistischen Diktatur zu verstärken. In dem Aufruf heißt es:

„Die KP Polens entlarvte sofort nach dem Fall Gomulkas die neue Gierek-Mannschaft und warnte die Arbeiterklasse, sich keinen Illusionen hinzugeben. Damals fand nur eine Wachablösung statt, und die Betrugsmanöver gegenüber den werktätigen Massen wurden geändert, während nicht nur die Gomulkasche Politik nicht geändert, sondern sogar das Entwicklungstempo des Kapitalismus in Polen beschleunigt wurde. Die Gierek-Clique hat in den letzten fünf Jahren den Umwandlungsprozeß Polens in eine Halbkolonie der sowjetischen Sozialimperialisten vertieft. Das Land steckt in großen Schulden gegenüber dem Imperialismus und ist ein freier Markt des internationalen Kapitals geworden. Die bürgerliche Ideologie und Kultur haben herrschenden Charakter. Die ständige Erhöhung der Schulden Polens gegenüber dem Westen vertieft die politische Knechtschaft des Volkes. Die Gierek-Clique hat nichts mehr, um die Zinsen der Schulden fristgerecht abzutragen. Unter diesen Bedingungen präsentiert Gierek, um zu verhindern, daß die Lage sich noch mehr verschlechtert, dem Volke die Rechnung von 97 Mrd. Zloty. **Das polnische Proletariat jedoch verweigerte die Zahlung, und das Haupt der Konterrevolution stand dumm da.**

„Fünf Jahre sind seit dem blutigen Massaker an den Arbeitern der Küste vergangen", heißt es weiter in dem Aufruf des ZK der KP Polens, „und erneut zeigten jetzt dieses Mal die Arbeiter der heroischen Hauptstadt, das Kollektiv der Traktorenfabrik Ursus, revolutionäre Initiative, indem sie sich als erste in den Kampf gegen die konterrevolutionären Kräfte warfen, um die Interessen der Arbeiterklasse und des gesamten ausgebeuteten werktätigen Volkes zu verteidigen. Die Arbeiter in Warschau, Lodz, Radom und Wrozlaw, an der Küste und in Schlesien sowie im ganzen Land stellten sich in verschiedenen Formen dem Angriff der revisionistischen Bourgeoisie auf das Lebensniveau der werktätigen Massen entgegen. Diese kämpferische und entschlossene Bewegung des polnischen Proletariats war vom Sieg gekrönt. Die Gierek-Clique kapitulierte. Zu Recht beantwortete die Arbeiterklasse die abenteuerlichen Preiserhöhungen mit der Schließung der Fabriken.

Auf diese Weise errang die polnische Arbeiterklasse einen großen revolutionären Sieg. Das zeigt, daß der Kampf der Arbeiter von der Küste nichts Zufälliges war, sondern Ausdruck der bewußten Haltung und des Willens des gesamten polnischen Proletariats, für seine wirtschaftlichen und politischen Rechte zu kämpfen. **Die Arbeiter von Ursus und Zeran und ganz Polen zeigten der Welt, daß sie würdige Erben der revolutionären Traditionen des Volkes und der heroischen Arbeiterklasse sind.** Dieser Sieg, wenn er auch nicht den Kampf beendet, zeigte die große Kraft des Proletariats, seine Einheit und Solidarität im Kampf; er revolutionierte und weckte den Kampfgeist der gesamten Arbeiterklasse. Gleichzeitig riß er der bürgerlichen Gierek-Clique die Maske herunter und indem er die Schwäche Giereks zeigte, vernichtete er dessen Ansehen vor den Massen.

Die KP Polens ruft die werktätigen Massen auf, sich wachsam zu erweisen und sich nicht von der demagogischen Propaganda der Verteidiger des bürgerlichen Regimes in die Irre führen zu lassen, sondern entschlossen den neuen Angriffen zu widerstehen, die die Gierek-Clique hinter den Kulissen vorbereitet. Die Bourgeoisie, die unter dem Druck des revolutionären Proletariats gezwungen war, den Rückzug anzutreten", wird in dem Aufruf des ZK der KP Polens hervorgehoben, „hat es nicht aufgegeben, weitere Versuche zu unternehmen. Sie kündigte an, daß sie mit einem neuen Preiserhöhungsprojekt antreten werde, denn die Wirtschaft könne angeblich, wie die bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftler sagen, ohne Preiserhöhungen für die Hauptnahrungsmittel nicht existieren. Das ist Betrug. In der Tat ist im kapitalistischen Staat die Politik der Inflation eine normale Erscheinung, und in Polen handelt es sich im Gegensatz zu dem, was Gierek und seine Clique sagen, um ein kapitalistisches System, wo die Bourgeoisie herrscht. Die Gierek-Clique wird nicht freiwillig die Macht abgeben und ihre bürgerliche Politik nicht ändern. Morgen wird sie mit einem neuen arbeiterfeindlichen Projekt antreten, denn die wirtschaftliche Lage Polens wird sich unter der Herrschaft der bürgerlichen Diktatur nicht verbessern, sondern jährlich immer mehr verschlechtern. Unter diesen Bedingungen müssen die Bitten Giereks in Szczecin: ‚Helft uns!' mit **‚Macht, daß ihr fortkommt!'**,beantwortet werden. **Für den endgültigen Sieg darf nicht ein Kompromiß oder eine klassenversöhnlerische Solidarität beschlossen werden, sondern der Klassenkampf des Proletariats auf Leben und Tod gegen die Bourgeoisie.**

Die KP Polens ruft die polnische Arbeiterklasse auf, zu neuen Klassenaktionen anzutreten und die Einheit und Solidarität im Kampf gegen die volksfeindliche Politik der Gierek-Clique zu verstärken. Den konterrevolutionären Angriff", wird in dem Aufruf des ZK der KP Polens hervorgehoben, „kann und muß die Arbeiterklasse mit dem revolutionären Gegenangriff beantworten. Wir dürfen nicht vergessen, daß erst als die Docker von den Streiks des roten Lodz und der kämpferischen Haltung der gesamten Arbeiterklasse unterstützt wurden, die Gierek-Clique zur Kapitulation gezwungen war und die Gomulkaschen Preiserhöhungen zurücknehmen mußte. **Der Klassenfeind weicht nur der Stärke.** Die kämpferische Entschlossenheit und die Bereitschaft des Proletariats zu einem entschlossenen Kampf, um seine Rechte zu verteidigen, zwangen die Gierek-Clique, die Frist für den Preisstop bei Massenartikeln zu verlängern, und es war nicht im geringsten die Sorge dieser Clique um die Interessen der Arbeiterklasse.

Die Losung der KP Polens: ‚Die Arbeiterklasse muß die Preiserhöhungen mit der Schließung der Fabriken beantworten!'",wurde von dem Sieg des Proletariats über die revisionistischen Machtusurpatoren gekrönt. Der errungene Sieg jedoch", fährt der Aufruf des ZK der KP lens fort, „muß mit allen Kräften verteidigt werden. Er kann nur auf dem Weg des Kampfes und neuer Siege verteidigt und gefestigt werden. Untätigkeit und Vertrauen auf die verzuckerten Worte der Renegaten des Kommunismus kann nur dazu führen, daß sich die wirtschaftliche und politische Knechtschaft verstärkt und die Herrschaft der Ausbeuter verlängert wird. Die bürgerliche Gierek-Clique hat eine ernste Niederlage erlitten, sie hat an Ansehen verloren und wird auch die Macht verlieren, Gierek wird das gleiche Schicksal ereilen, das schon Gomulka ereilte.

Angesichts der unvermeidlichen Niederlage wird die Gierek-Clique versuchen, die eigenen Kräfte neu zu formieren, die revolutionären Kräfte zu schlagen und den Angriff auf das Lebensniveau und die politischen Rechte der werktätigen Massen neu zu beginnen. Das polnische Proletariat darf nicht vergessen, daß Gierek ebenso wie Gomulka die betrügerische und verleumderische Propaganda verstärken wird, daß er die Politik von Zuckerbrot und Peitsche benutzen und die Führer und Organisatoren des revolutionären Kampfes bei Ursus und Zeran und in ganz Polen mit Schmutz bewerfen wird. Die konterrevolutionäre Gierek-Clique wird nicht davor zurückschrecken, die Besten des Proletariats Rowdys und Konterrevolutionäre zu nennen. Sie wird sich der Streikbrecher und der Arbeiteraristokratie bedienen, um die Einheit und Solidarität des Proletariats zu spalten, sie wird alle Formen des Drucks, der Erpressung und des Polizeiterrors einsetzen. Trotzdem wird sie nicht die revolutionäre Haltung, den Kampfwillen, die Einheit und Solidarität der polnischen Arbeiterklasse brechen. Die Arbeiter wissen gut, daß ihre Kampfstärke in der Organisierung, der Einheit und Klassensolidarität liegt. Der verstärkte Terror beweist die Schwäche des konterrevolutionären Regimes.

Die KP Polens ruft die Arbeiterklasse und die übrigen polnischen werktätigen Massen auf, ihre Führer und Organisatoren mit allen Kräften und Mitteln, legalen und illegalen, zu schützen, Streiks und Demonstrationen zu organisieren und in jeder Fabrik illegale revolutionäre Komitees zu schaffen, die illegalen Verbindungen zwischen den Fabriken und Bezirken zu stärken und die Streikbrecher und alle, die die Einheit der Arbeiterklasse sabotieren, scharf zu verurteilen. Die Partei ruft die Werktätigen auf, sich politisch in der KP Polens und dem Polnischen Kommunistischen Jugendverband zu organisieren, um die revolutionäre Einheit und Klassensolidarität im Kampf für den Sturz der revisionistischen Gierek-Clique zu verstärken. Das politisch in seiner Partei organisierte polnische Proletariat", schließt der Aufruf des ZK der KP Polens, „wird zu einer Kraft werden, fähig, nicht nur den Angriffen der Konterrevolution standzuhalten, sondern auch endgültig über die Diktatur der Bourgeoisie den Sieg davonzutragen und die gesamte politische Macht in die eigenen Hände zu nehmen."



Mit Panzern ist die sozialfaschistische Gomulka-Clique 1970 gegen die streikenden polnischen Arbeiter vorgegangen, wie hier in Sczeczin (Stettin).

Gierek-Rede in Katowice

Mit Demagogie und Gewalt gegen die Arbeiterklasse

Nach dem schmählichen Rückzug der revisionistischen Gierek-Clique vor dem großen Kampf der polnischen werktätigen Massen gegen die Preiserhöhungen, greifen Gierek und die anderen Revisionistenchefs jetzt zu allen möglichen Mitteln der Demagogie und der konterrevolutionären Gewalt, um den revolutionären Geist der polnischen Arbeiterklasse zu brechen und die allgemeine Empörung, die im polnischen Volk herrscht, zu besänftigen.

Die polnischen Revisionisten versuchen vor allem Zeit zu gewinnen, um aus der Klemme, in der sie stekken, herauszukommen. So hat sich inzwischen die gesamte polnische revisionistische Führung auf die Betriebe Polens aufgeteilt, um die Arbeiter unter Druck zu setzen, damit sie davon ablassen, ihren Widerstand fortzusetzen. Wie groß dabei ihre Angst vor der Kampfkraft und der Entschlossenheit der polnischen Arbeiterklasse ist, zeigte sich unter anderem in Warschau. Während der Kundgebung am 29.6. im Warschauer Stadion ließen die Revisionisten die Eingänge von starken Ordnungskräften bewachen. Keineswegs erhielt jeder Zutritt zum Stadion, es wurden nur ausgesuchte Leute, die sich durch eine weiße Armbinde mit einer roten Fahne ausweisen konnten, hereingelassen.

Gierek selbst, der sich fast zehn Tage lang nicht in der Öffentlichkeit zeigte, vermied es vorsichtshalber in Warschau, einem der Zentren der Kämpfe der Arbeiter, aufzutreten. In Katowice (Kattowitz), seiner Heimat, hoffte er, sein lädiertes Ansehen wieder herstellen zu können. Mit seiner Rede enthüllte dieser angebliche „Bergmann" aber einmal mehr seine Feindschaft gegenüber der Arbeiterklasse. Unumwunden erklärte er, daß die Preiserhöhungen nur aufgeschoben, nicht aber aufgehoben seien. Er sprach von „neuen Lösungen" und kündigte schon für die nahe Zukunft „Preiserhöhungen in modifizierter Form" an. Wie die anderen revisionistischen Führer auch, versuchte er die polnischen Arbeiter durch die Taktik des „Dialogs" zu entwaffnen und ihren revolutionären Kampfgeist zu brechen. So forderte er zu „breiten Diskussionen" auf, redete von „Beratungen mit den Massen", um ihre „Meinung" und „Zustimmung" einzuholen. Das ist natürlich nichts anderes als Betrug und Demagogie, um die polnische Arbeiterklasse daran zu hindern, ihren Kampf fortzusetzen.

Die andere Seite der Medaille dieser Taktik des „Dialogs" ist die konterrevolutionäre Gewalt, die brutale Unterdrückung des Kampfes der polnischen Arbeiter, die Verhaftung und Einkerkerung der Führer des Streiks. Während Gierek in Katowice vom „Dialog" redete, wurden bestimmte Einheiten der polnischen Armee in Alarmbereitschaft versetzt und eine Ausgangssperre verhängt. Auch die Besatzertruppen der russischen Sozialimperialisten in Polen wurden mobilisiert. Die Panzer Breschnews stehen also in Bereitschaft, um in jedem Augenblick ausrücken zu können. Bestimmte Einheiten der sowjetischen Besatzertruppen sind darüberhinaus bereits in Bewegung gesetzt worden und rücken auf Warschau und andere Gebiete, die sie für den stärksten Unsicherheitsfaktor halten, vor.

Demagogie und Gewalt aber werden die polnische Arbeiterklasse nicht vom Kampf um ihre Rechte abhalten. Betrug und Versprechungen ziehen nicht mehr. Die Gierek-Clique stützt sich, die Tatsachen zeigen das immer klarer, ebenso wie Gomulka auf die Panzer Breschnews. Aber ungeachtet der Panzer Breschnews, der sozialfaschistischen Unterdrückung durch die Gierek-Clique, hat es die polnische Arbeiterklasse, das polnische Volk gewagt, zum Angriff auf die Bourgeoisie anzutreten.

Das deutsche und das polnische Volk sind Nachbarvölker. Zwischen der deutschen Arbeiterklasse in West und Ost und der polnischen Arbeiterklasse und ihren marxistisch-leninistischen Vorhutparteien, der KPD/ML und der KP Polens besteht eine tiefe revolutionäre Verbundenheit. Die westdeutschen Imperialisten reden von „Aussöhnung" mit Polen und meinen damit doch nur den schmutzigen Menschenhandel und die Kredite, die es ihnen erlauben, ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluß in Polen auszudehnen, die es ihnen erlauben, sich noch stärker als bisher an der Ausbeutung der polnischen Arbeiterklasse zu beteiligen. Die revisionistische Honecker-Clique in der DDR redet von „sozialistischer Solidarität", aber das ist die „Solidarität" von Lakaien Moskaus, die, wie sie es schon 1968 in der Tschechoslowakei bewiesen haben, im Rahmen des Warschauer Pakts keine Minute zögern würden, um der polnischen neuen Bourgeoisie gegen einen revolutionären Aufstand der Arbeiterklasse mit ihren Panzern zu Hilfe zu eilen.

„Die Revolution muß solidarisch sein!", schrieben wir im „Roten Morgen" 17/76 anläßlich der Veröffentlichung des gemeinsamen Kommuniques des ZK der KP Polens und des ZK der KPD/ML. Verstärken wir deshalb die Solidarität mit der polnischen Arbeiterklasse und ihrer Vorhutpartei, der Kommunistischen Partei Polens. Ihr Kampf ist ein großer Ansporn für uns und besonders für unsere Klassenbrüder in der DDR, die ebenfalls der Ausbeutung und faschistischen Unterdrückung durch eine revisionistische Clique, Lakaien Moskaus, unterworfen sind.



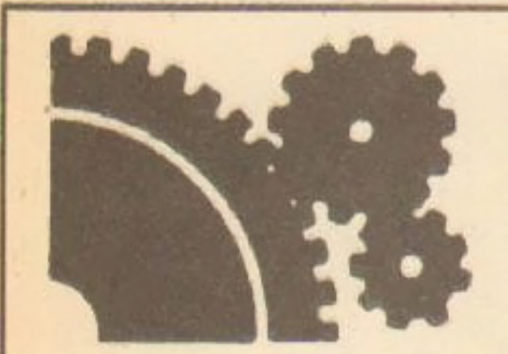
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Polens

SPENDENAUFRUF

Spendet zur Unterstützung des Kampfes der illegalen Kommunistischen Partei Polens!

Stadtsparkasse Dortmund
Konto: 321 004 - 547
Stichwort: Polen

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Es sollte so aussehen, als liefe alles automatisch

Liebe Genossen!

Auf der Klöckner Hütte in Bremen kam der Aufsichtsrat zur Besichtigung. Im neuen Warmwalzwerk sollte ihm ein automatischer Walzenwechsel vorgeführt werden. Tagelang mußten die Kollegen dafür üben. Während sonst bei fünf Minuten Störung die Ingenieure Wutanfälle kriegen, kam es dabei auf eine Stunde Produktionsstillstand nicht an.

Da die Automatik aber nur selten störungsfrei läuft, dachten sich die Weißhelme ein Schwindelmanöver aus:

Sie forderten die Kollegen der Frühschicht auf, vier Stunden länger zu bleiben. Während der Vorführung für den Aufsichtsrat sollten sie an den Schaltkästen stehen, um bei Störung der Automatik sofort von Hand eingreifen zu können. Und zwar so, daß sie für den Besuch unsichtbar blieben. Es sollte auf jeden Fall so aussehen, als liefe alles automatisch und ohne Bedienung durch Arbeiter ab.

Die Kollegen der Frühschicht lehnten das ab. Auch die Freischicht stellte keinen Mann. So mußten der Meister, der Vorarbeiter und der Betriebsassistent der Frühschicht am Nachmittag dableiben und sich ,versteckt für die Besucher – als Notreserve bereithalten.

Nach den tagelangen Vorübungen klappte die Vorführung diesmal wie am Schnürchen und die Kapitalisten konnten – befriedigt über ihre vollautomatische Walzstraße und einträglichste Profitquelle – wieder abreisen. Doch wenn die Bourgeoisie sich untereinander betrügt, müssen wir Arbeiter meistens die Suppe auslöffeln. Da die Automatik „so schön klappt", werden die Kapitalisten verstärkt darauf drängen, Arbeiter einzusparen. Das bedeutet nicht nur Angst um den Arbeitsplatz, sondern auch vermehrte Arbeitshetze für die verbliebenen Kollegen. Denn im normalen Walzbetrieb fallen die Automatiken häufig genug aus, so daß die Arbeiter von Hand fahren müssen. Das haben die Kollegen klar gesehen, als sie sich weigerten für diesen Betrug Überstunden zu schieben. Sie sagten: „Im vergangenen Jahr haben sie uns bei der Kurzarbeit in den Hintern getreten. Jetzt sollen wir Überstunden machen, damit wir im Herbst wieder mit Kurzarbeit auf der Nase liegen."

Rot Front, ein Genosse aus Bremen.

Die ausländischen Kollegen von Thyssen Aufzüge GmbH müssen in "Slums" leben

Liebe Genossen!

Thyssen-Aufzüge-GmbH in Hamburg beschäftigt ca. 800 Menschen, davon ca. 550 in der Produktion, wovon wiederum 70% ausländische sind. Es sind hauptsächlich Jugoslawen und Türken, die bei Thyssen arbeiten. Die Jugoslawen arbeiten eigentlich bei einer Vermittlerfirma namens „Industrie Montaza". Die jugoslawische Firma verkauft die jugoslawischen Kollegen an deutsche Firmen. Die wiederum bezahlen den Lohn an die Industrie Montaza und nicht an die Kollegen. Diese Vermittlerfirma behält einen Teil des Lohnes ein.

Thyssen-Aufzüge-GmbH hat nun auf dem Werksgelände einige Baracken stehen, wo sie die ausländischen Kollegen unterbringt, vorwiegend die türkischen. Früher lebten dort 200, heute auf Grund der ständigen Entlassungen nur um die 70. Jeder muß für ein Bett 46,50 DM bezahlen. Bei 4- bis 6-Bettzimmern, also pro Zimmer ca. 200 DM. Die Zustände in den Baracken sind wirklich unmenschlich. Die Kollegen haben ihre Betten schon auf Hozbohlen gestellt, damit das Ungeziefer nachts nicht ins Bett krabbeln kann. Die Barackenkantine nimmt für jede Ware durchschnittlich 10-20 Pfennig mehr als die Werkskantine. In den Baracken und auch nicht in der Nähe befindet sich kein Telefon, das einzige Telefon, das die Kollegen auf Grund ihrer Anfrage bei der Geschäftsleitung erhalten haben, hat sich der Heimleiter unter den Nagel gerissen. So starb vor 3 Monaten ein Türke in der Nacht und es konnte kein Arzt telefonische erreicht werden. Es gibt noch weitere Probleme mit dem Heimleiter, die aber zu umständlich sind, sie zu schildern. Auf alle Fälle sind die meisten mit ihm unzufrieden.

Solche „Slums" haben noch bestimmt andere Firmen. Meiner Meinung nach dienen sie zu Folgendem:

1.) Die Abhängigkeit zum Betrieb wird verstärkt: Wenn man aufmuckt wird man nicht nur aus der Firma geschmissen, sondern auch aus der Behausung. Jeder weiß, wie schwer es ist, Arbeit und Wohnung zu finden.

2.) Verstärkte Ausbeutung: Der Konzern nutzt es aus, daß die ausländischen Kollegen billig wohnen wollen und verkauft ihnen ein Bett für die Nacht. Für den Einzelnen sind 46,50 nicht allzu viel, aber der Kapitalist verdient an einem Zimmer reichlich, zumal es auf dem Betriebsgelände ist, wo Thyssen keine Pacht oder Miete bezahlen muß.

3.) Verstärkte Isolierung der ausländischen Kollegen von ihren deutschen. So werden sie nach Feierabend verdammt, in ihren Slums zu verschwinden. In der Nachbarschaft keine deutschen Kollegen.

Rot Front, ein Hamburger Genosse

Von wegen Feierabend - bis Nachts um 12 Uhr wird durchgearbeitet

Liebe Genossen!

Wenn jetzt immer so groß davon geredet wird, daß die Arbeitslosigkeit abnimmt und wir ein wachsendes Stellenangebot haben, so möchte ich Euch darüber berichten, was das in Wirklichkeit heißt.

Ich war jetzt über ein Jahr arbeitslos und bekomme vom Arbeitsamt bzw. Sozialamt keinen Pfennig mehr, weil meine Frau angeblich „zu viel" verdient. In meinem Beruf als Elektriker war auch keine Stelle zu bekommen, zumal ich von meiner vorherigen Arbeitsstelle als Kommunist geflogen bin. Deshalb bin ich jetzt bei einem Betrieb auf dem Schlachthof als Hilfskraft angefangen. Bei der Einstellung fing es schon an: Als Anlernling 6 DM Stundenlohn – später vielleicht etwas mehr. Zum Gesundheitsamt mußte ich auch vorher. Die 35 DM Untersuchungskosten werden mir von der Firma nur bezahlt, wenn ich dort länger als sechs Monate arbeite. Na ja, dachte ich, immer noch besser, als ohne Geld auf der Straße zu liegen. Immerhin ist dort geregelte Arbeitszeit – so stand es jedenfalls in der Zeitungsannonce. Als ich aber am nächsten Morgen um 6 Uhr bei der Arbeit antanzte, bekam ich erneut einen Schlag. Die meisten anderen Kollegen waren nämlich schon um 4 Uhr angefangen. Wer nun meint: Na und, dann habt ihr auch schon früh Feierabend – und jetzt im Sommer ..., – der hat starke Illusionen. Von wegen früh Feierabend – bis nachts um 12 wird durchgearbeitet. „Die angelieferten Schweine müssen heute noch weg" – so die Kapitalistenlogik. Die Wochen vorher war das auch schon so: 16 - 18 Stunden harte körperliche Arbeit. Kein Wunder auch, daß vor ein paar Tagen ein Kollege seinen neuen Wagen zu Schrott gefahren hat – wegen Übermüdung! Und das wird den ganzen Sommer über so gehen.

Rot Front, ein Genosse aus Bremen

IG DRUPA-Apparat

Erst Streik sabotiert - jetzt Beitrag erhöht

Vor kurzem hat der erweiterte Vorstand der IG Druck und Papier beschlossen, einen Sonderbeitrag in Höhe eines Monatsbeitrages von den Gewerkschaftsmitgliedern zu erheben. Er soll im November bzw. Dezember entrichtet werden. Die Gewerkschaftsbonzen begründen diesen unverschämten Beschluß damit, daß nach dem großen Streik in diesem Frühjahr die Streikkasse wiederaufgefüllt werden müsse.

Ist es nicht ein Hohn, daß die Bonzen der IG Druck und Papier jetzt auch noch einen Sonderbeitrag erheben, nachdem sie den Arbeitern beim Streik in übelster Weise in den Rücken gefallen sind und sie in „vertrauensvoller Zusammenarbeit" mit den Druck-Kapitalisten um die Früchte des Kampfes betrogen haben?! Der 6%-Anschluß, den die Bonzen den Kollegen aufgezwungen haben, liegt nur lächerlich wenig über den Abschlüssen in den anderen Branchen, in denen nicht gestreikt wurde. Er bedeutet ebenfalls Abbau des Reallohns. Der Unterschied zwischen der Lohnerhöhung eines Druckereiarbeiters und der eines Metallers macht nicht viel mehr als 5 Mark monatlich aus, obwohl im Metallbereich nicht gestreikt wurde. Und dafür, daß der Gewerkschaftsapparat die Kollegen mit diesem Schandabschluß abgespeist hat, knöpft er ihnen jetzt auch noch einen Sonderbeitrag ab!

„Wiederauffüllung der Streikkassen" – zynisch versuchen die Bonzen den Anschein zu erwecken, als wäre ihr Griff in die Taschen der Arbeiter im Sinne des Kampfes gegen die Angriffe des Kapitals. Aber wer wird ihnen diese schamlose Lüge noch abnehmen? Viele Kollegen sagen doch, wenn man sie nach ihrer Meinung über die höheren Gewerkschaftsfunktionäre fragt: „Das sind doch selbst Kapitalisten". Und diese Kollegen haben völlig recht. Allerdings sind Mahlein und Konsorten keine gewöhnlichen Kapitalisten. Ihr Geschäft ist ein ganz besonderes: es besteht nämlich darin, im Auftrage der ganzen Kapitalistenklasse die Kämpfe der Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Unterdrückung von innen heraus zu sabottieren, abzuwürgen und zu zerschlagen. Dabei stützen sich die Spitzenfunktionäre wie Loderer, Kluncker oder auch Mahlein und Konsorten auf die unteren Funktionäre und nicht zuletzt auf die D„K"P-Revisionisten, deren Verrat an der Sache der Arbeit nicht so offen auf der Hand liegt, nicht so leicht durchschaubar ist, wie bei den Oberbonzen des DGB-Apparates.

Die Klassenkämpfe der vergangenen Jahre und Jahrzehnte und zuletzt gerade auch der Druckereiarbeiterstreik zeigen, daß der Gewerkschaftsapparat als Ganzes, nicht nur seine Spitzengremien, auf der anderen Seite der Barrikade steht. Er ist ein Unterdrückungsinstrument der Bourgeoisie, das innerhalb der Reihen der Arbeiter in Aktion tritt, indem er dort die Rolle einer Agentur der Kapitalistenklasse spielt. Die Gelder, über die die DGB-Bonzen verfügen, und die hauptsächlich aus unseren Mitgliedsbeiträgen stammen (zum Teil aber auch aus den kapitalistischen Konzernen und Großunternehmen des Gewerkschaftsapparates), dienen nicht etwa dazu, die Arbeiter im Kampf gegen das Kapital zu stärken. Sie dienen vielmehr zur Finanzierung der durch und durch reaktionären, arbeiterfeindlichen Funktionärsapparate des DGB und zur Sicherung ihrer Macht und ihres Einflusses innerhalb der Arbeiterschaft.

Hin und wieder sind die Bonzen natürlich gezwungen, auch einmal Gelder für Streikunterstützung zur Verfügung zu stellen. Aber das tun sie nur, wenn sie sich veranlaßt sehen, einen Streik deshalb auszurufen oder zu unterstützen, weil sie andernfalls die Kontrolle über die kämpfenden Arbeiter verlieren könnten und nicht mehr die Möglichkeit hätten, ihre abwieglerische und reaktionäre Rolle innerhalb der Arbeiterbewegung zu spielen.

So war es z. B. auch beim großen Streik der Druckereiarbeiter. Die Gewerkschaftsbonzen waren gezwungen, eine Urabstimmung für Streik zu organisieren, denn sonst hätten die Arbeiter selbständig und unabhängig von den Bonzen Kampfmaßnahmen ergriffen. Den Bonzen drohte die Gefahr, daß sie von der Bewegung beiseitegeschoben würden, falls sie sich nicht selbst an die Spitze stellten. Sie wollten dann mit der Taktik des „Schwerpunktstreiks" und verschiedenen Abwieglungsmanövern die Streikbewegung der Druckereiarbeiter schwächen, zersetzen und ihren Zusammenbruch herbeiführen. Aber sie hatten sich verrechnet, Die Kampfbereitschaft war stärker, als sie geglaubt hatten. So waren sie gezwungen, für den Vollstreik grünes Licht zu geben. Sie taten dies, damit die Tarifbewegung nicht völlig aus ihrer Kontrolle geriet. Daß es ihnen tatsächlich gelang, die Kollegen mit einem 6%-Lohnraubabschluß abzuspeisen und die Streikfront zu zerbrechen, ist ein Ausdruck dessen, daß die organisierte revolutionäre Front der Arbeiter gegen den Gewerkschaftsapparat sich noch im Stadium keimhafter Ansätze befindet und daß, obgleich der Haß gegen die Bonzen unter den Massen der Arbeiterschaft wächst, noch viele Illusionen in Bezug auf den Gewerkschaftsapparat als Ganzes und seinen Charakter als Unterdrückungsinstrument der Kapitalistenklasse bestehen.

Nach ihren eigenen Angaben haben die Bonzen der IG Druck und Papier für den Streik 30 Millionen DM ausgegeben. Das stellen sie jetzt groß heraus, um den reaktionären Charakter des Gewerkschaftsapparates zu verwischen und um eine Begründung für den Sonderbeitrag anzuführen. Aber wieviele Hundertmillionen haben die organisierten Druckereiarbeiter im Laufe der Jahre und Jahrzehnte schon in die Kassen der Mahlein und Konsorten hineingebuttert? Wo sind diese Gelder geblieben? Es ist bekannt, daß die DGB-Gewerkschaften in den letzten Jahren noch nicht einmal ein ganzes Prozent der Mitgliedsbeiträge für Streikunterstützung aufgewendet haben.

Warum dann überhaupt noch dem Bonzenpack unser schwerverdientes Geld in den Rachen stecken? Warum nicht lieber gleich die Mitgliedsbücher hinschmeißen? – Das ist die wütende Frage von vielen Kollegen. Diese Frage ist völlig berechtigt, so berechtigt wie der wachsende Haß der Massen auf die Herren „Arbeitnehmervertreter". Und doch ist das unter den gegenwärtigen Umständen in der Regel nicht die richtige Alternative. Eine gewerkschaftliche Organisation braucht die Arbeiterklasse – darüber sind sich alle klassenbewußten Kollegen einig. Aber wenn man heute aufrufen würde, aus den DGB-Gewerkschaften auszutreten, um eine neue, eine revolutionäre Gewerkschaft zu gründen, die wirklich den Kampf der Massen gegen das Kapital organisiert, dann würde nur eine kleine Minderheit der Kollegen diesem Ruf folgen. Damit wäre nichts gewonnen. Das würde im Gegenteil die oppositionelle Bewegung in den DGB-Gewerkschaften schwächen. Den Einfluß des DGB-Apparates auf die Massen zu zerschlagen und ihn isolieren, das erfordert, daß die revolutionären und klassenkämpferischen Kollegen sich innerhalb und außerhalb der DGB-Gewerkschaften zusammenschließen. Das erfordert, im Betrieb und in den reaktionären Gewerkschaften zu kämpfen, um immer mehr Kollegen von der Notwendigkeit des revolutionären Klassenkampfes zu überzeugen. Das erfordert revolutionäre Gruppen in den Gewerkschaften, revolutionäre Fraktionen in den Vertrauensleutekörpern und anderen Gremien aufzubauen. Das erfordert, auf Gewerkschaftsversammlungen, in gewerkschaftlichen Schulungskreisen usw. den Bonzenapparat anzugreifen, seine Demagogie und seine reformistischen und revisionistischen Parolen zu widerlegen und zu entlarven. Mit einem Wort: Die Alternative besteht heute darin, in Betrieb und Gewerkschaft die revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufzubauen.

Eine Front im Kampf gegen den Bonzenapparat ist auch der Widerstand gegen Beitragserhöhungen. Es ist völlig klar, daß wir gegen die unverschämte Erhebung eines Sonderbeitrages in der IG Druck und Papier den Widerstand der Kollegen organisieren müssen. Wir müssen dabei den Kollegen die Notwendigkeit des revolutionären Klassenkampfes und des Zusammenschlusses gegen den Gewerkschaftsapparat klarer machen.

Damit der Betriebsfrieden erhalten bleibt...

Ein deutscher Richter (in Hildesheim) erließ Haftbefehl gegen den Manager einer Firma, der wegen Behinderung von Betriebsratswahlen angeklagt war. Traut man seinen Augen noch, wenn man eine solche Meldung in der Zeitung liest? Und doch; Springers „Welt" und die „Frankfurter Rundschau" wußten jüngst derartiges zu berichten. Aber seit wann geht es denn in diesem Staate einem Kapitalisten an den Kragen, nur weil er die spärlichen Rechte der Arbeiter mit Füßen tritt? Das kann doch nicht mit rechten Dingen zugegangen sein! Sehen wir doch mal genauer, was nun wirklich geschehen ist.

Der Verkaufsleiter der Plattenspielerfirma BSR Germany, namens Dietmar Steinweg hatte von der 14 köpfigen Belegschaft sieben Kollegen entlassen. Der Grund: Sie hatten sich dafür eingesetzt, daß in diesem Betrieb zum ersten Mal ein Betriebsrat gewählt wird. Die IGM zeigte Steinweg daraufhin wegen Verstosses gegen das Betriebsverfassungsgesetz an. Es kam zu einem Prozeß, zu dem jedoch Steinweg, was er schon vorher angekündigt hatte, nicht erschien. Stellvertretender Gerichtsdirektor Vultejus, der nicht nur Richter, sondern auch Gewerkschafter (Mitglied der ÖTV) ist, fühlte sich durch dieses eigenmächtige Vorgehen eines Kleinmanagers in seiner Autorität empfindlich beeinträchtigt und erließ Haftbefehl gegen Steinweg. Vollzogen wurde dieser Haftbefehl allerdings nicht (das ginge denn doch zu weit!). Vielmehr erklärte der Vorgesetzte des rabiaten Richters, Amtsgerichtsdirektor Freudenberg, seinen Stellvertreter auf Antrag der Verteidigung für befangen und setzte den Haftbefehl außer Kraft. Freudenberg: „Für mich war klar der Verdacht der Voreingenommenheit gegeben, und ich weiß, wie feinfühlig der Bundesgerichtshof in solchen Sachen ist." (Wahrhaftig – wer wollte die Feinfühligkeit der bürgerlichen Justiz in solchen Fragen bezweifeln!)

Aber die IGM-Bonzen, radikal wie sie sind, übten scharfe Kritik an der Entscheidung Freudenbergs: Das sei ein Angriff auf die Koalitionsfreiheit, denn Richter Vultejus sei nur deshalb für befangen erklärt worden, weil er Mitglied der ÖTV sei. Ist es nicht typisch, daß sich „unsere" Gewerkschaften so große Sorgen ausgerechnet um die Koalitionsfreiheit der Richter machen? Es paßt dazu, daß die Gewerkschaftsbonzen sich eindeutig für Berufsverbote gegen Revolutionäre im Öffentlichen Dienst aussprechen und daß sie selbst Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse von revolutionären Arbeiter betreiben, wo es nur geht.

Im übrigen hat der gerügte Richter und Gewerkschafter Vultejus jetzt ein Interview in der Zeitung der IG Metall „Metall" gegeben, in dem er klarlegt, warum er so energisch gegen Steinweg eingeschritten ist: „Eine Störung des Betriebsfriedens ist genauso ernst zu nehmen wie beispielsweise ein Eigentumsdelikt." Wie gern druckten doch die IGM-Bonzen dieses markige Wort ihres „Kollegen" im Talar ab. Sind sie doch ebenfalls der Meinung: Bei der Ausbeutung der Arbeiter in den Betrieben, bei ihrer Versklavung durch das Kapital, soll um Himmels willen Friede herrschen. Zur Erhaltung dieses Ausbeuter-Friedens und zu nichts anderem wollen diese Bonzen ja auch Sitz und Stimme im Betriebsrat.

Betriebsversammlung bei F&G-Nordenham

Der Hetze gegen Roten Betriebsrat wurde eine Abfuhr erteilt

Am Freitag, dem 25.6.76 fand bei uns in Nordenham eine Betriebsversammlung statt. Diese Versammlung war kurzfristig vom Mittwoch auf den Freitag, den letzten Arbeitstag vor einem dreiwöchigen Betriebsurlaub, gelegt worden. Warum dies geschah, konnte schon vorher erahnt werden und wurde durch den Verlauf der Betriebsversammlung auch bestätigt: Es sollte ein umfangreicher Angriff gegen mich als Roter Betriebsrat gestartet werden. Der Betriebsrat und die Geschäftsleitung hatten in der Vergangenheit zahlreiche Schlappen einstecken müssen, so etwa in Bezug auf die arbeiterfeindlichen Rationalisierungen im F & G-Konzern. Wollten sie diese Maßnahmen in aller Heimlichkeit durchziehen, so mußten sie das Vorhaben schon im September 1975 aufgeben, denn zu diesem Zeitpunkt enthüllte der „Rote Strom", die Betriebszeitung der KPD/ML, diese Pläne, wonach 1 500 Kollegen im Konzern entlassen werden sollten. Geschäftsleitung und Betriebsrat schrien im Chor, alles sei Lüge und zeige die verantwortungslose Haltung des „Chaoten" Coldewey und seiner KPD/ML Hetzblätter. Auf der Betriebsversammlung im März gab es nichts mehr zu verheimlichen und der Vorstand mußte zugeben, daß 1 600 Kollegen bis 1978 auf die Straße fliegen sollen. Natürlich wuchs dadurch das Vertrauen der Kollegen zur Partei. Dieses Vertrauen wollte nun der Betriebsrat durch persönliche Diffamierungen und Hintertreppengeschichten wieder abbauen.

Vor einiger Zeit unternahm der Betriebsrat eine „Informationsfahrt" zum VW-Werk nach Emden. Ich hatte die Teilnahme abgelehnt mit der Begründung, es handele sich hierbei nicht um eine echte Informationsfahrt, sondern es sei vielmehr eine Vergnügungsfahrt des Betriebsrates, ein Privileg, was ich als Roter Betriebsrat ablehne. Die Wut des Betriebsrates war groß, da die Kollegen ganz begeistert über diese Haltung von mir waren und gleichzeitig die Vergünstigungen der anderen Betriebsräte erkannten. Schnell versuchte der Betriebsrat, durch das Erfinden einer Geschichte diesen Tatbestand zu vertuschen: Ich soll einen Betriebsrat bewogen haben, sich als Spitzel auf dieser Fahrt zu betätigen, um alles aufzuschreiben, was dort passiert, besonders, wieviel Schnaps und Bier getrunken wird. Wen ich angeblich für diese Kinderei gewinnen wollte, das wollte man mir natürlich nicht sagen, da ja alles erstunken und erlogen war.

Roter Strom

Betriebszeitung der KPD/ML für die Arbeiter und Angestellten der FELTEN & GUILLEAUME SCHALTANLAGEN

F&G

Der zweite Punkt war die Jugendvertreterwahl im Betrieb. Der Betriebsrat und die Geschäftsleitung brachen dabei das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz. Natürlich ist das Betriebsverfassungsgesetz ein Knebelgesetz gegen die Arbeiter, was aber nicht heißt, daß ich kampflos die Rechte, die es in der Nebenseite beinhaltet, preisgebe. Das BVG schreibt zur Jugendvertreterwahl vor, daß ein Wahlvorstand 8 Wochen vor der Wahl gebildet werden muß (§ 16 BVG), in dem sich mindestens ein wählbarer Jugendlicher befinden muß (§ 30 der ersten Verordnung zur Durchführung des BVG, § 126 BVG), daß 6 Wochen vor der Wahl ein Wahlaushang gefertigt wird (§ 3 der Verordnung), daß alle bis zum 18. Lebensjahr wählen können und alle bis zum 24. wählbar sind (§ 61 BVG). All das wurde gebrochen und noch vieles mehr. In einer Jugendversammlung, zu der nur die bis zu 18-jährigen hin durften, wurde der Jugendvertreter „vorgeschlagen" und gewählt. Ich habe im Betriebsrat die Anfechtung der Wahl beantragt. Das wurde aber abgelehnt! Ein über 18-jähriger versuchte nach der Wahl eine Neuwahl des Jugendvertreters zu erreichen, da er selbst Interesse dran hatte. Er wurde aber von vier Betriebsräten fast zwei Stunden lang mit Drohungen und Versprechungen weichgekocht, und nachdem er dann umkippte, bekam er ein paar Unfallschutzschuhe vom Betriebsrat geschenkt.

Unter diesen Vorzeichen stand diese Betriebsversammlung. Die Kollegen in meiner Halle betreuten mich vor der Wahl wie ein rohes Ei. Ein Kollege hatte an diesem Tag 25-jähriges Dienstjubiläum und da gibt es immer etwas zu trinken. Einige Kollegen sorgten bewußt dafür, daß mir an diesem Tag kein Alkohol aufgedrängelt wurde, denn: „Gerd muß heute nachmittag noch sprechen; wenn er dann eine Fahne hat, dann haben diese Arschlöcher einen Vorwand, um ihn zu entlassen."

Der Betriebsratsvorsitzende Schlegel eröffnete die Betriebsversammlung und kam schnell zum Thema. Der Herr Coldewey (Kollege mögen sie nicht mehr zu mir sagen) stelle die vertrauensvolle Zusammenarbeit immer mehr in Frage. Beispiel sei die versuchte Bespitzelung auf der „Informationsfahrt" („die übrigens sehr anstrengend war", worauf fast die gesamte Belegschaft ein höhnisches Gelächter hören ließ.) Der Herr Coldewey, so der Betriebsratsvorsitzende weiter, hätte versucht, dem Betrieb eine zweite Jugendvertreterwahl aufzuzwingen, hätte versucht, einen Jugendlichen dazu aufzuwiegeln. Daß das BVG von ihnen gebrochen wurde, das kam natürlich im Bericht nicht vor. Es kam noch lächerlicher. Ein Betriebsrat las den Bericht des Betriebssportausschusses vor und erwähnte, daß Kollege Bernd Koldewey mit 6 Toren an zweiter Stelle der Torschützenliste stehe. Sofort stürmte der 1. Vorsitzende Schlegel nach vorne und betonte, es handele sich hierbei nicht um den Herrn Coldewey aus dem Betriebsrat, dies sei nur zur Klarstellung. Waren die Kollegen bis jetzt noch einigermaßen ruhig gewesen, so folgte jetzt ein längeres Pfeifkonzert.

In der darauffolgenden Diskussion meldete ich mich zu Wort und wurde mit Beifall zum Mikrofon begleitet. Ich gab den Rechenschaftsbericht für die Rote Liste und ging auch auf die Anmistungen seitens des Betriebsrates ein, zeigte die eben schon geschilderten zwei Punkte deutlich auf und spitzte den Beitrag auf die Frage zu, was die Imperialisten und ihre Handlanger unter Demokratie verstehen und was ich als Kommunist darunter verstehe. Dabei verwies ich auf die letzte Betriebsratswahl, wo die IGM zwei faschistische Hetzflugblätter gegen mich verteilt hatte und die Geschäftsleitung gegen mich zwei Verwarnungen wegen angeblichen Verstoßes gegen das BVG aussprach. Ich zeigte, wo die „Verteidiger der Demokratie" wirklich stehen. Meine Rede wurde an einer Stelle durch starken Zwischenbeifall unterbrochen und nach der Rede klatschten geschlossen alle Kollegen.

Ich hatte den Betriebsratsvorsitzenden in der Rede aufgefordert, endlich den Namen des „Beinahespitzels" zu nennen. Unter starken Buh-Rufen und Pfeifkonzert erklärte er sich „nicht autorisiert, den Namen preiszugeben".

Danach meldete sich ein Vertrauensmann zu Wort, der noch nie in Erscheinung getreten war. Er forderte den anwesenden Ortsverwaltungschef der IGM, Scholz, auf, zu überprüfen, inwieweit der Betriebsrat noch funktionsfähig sei und ob dort parteipolitisch die KPD/ML tätig sei. Damit spielte dieser V-Mann auf den § 23 des BVG an, wonach der Gewerkschaftsapparat die Möglichkeit hat, über das Arbeitsgericht bestimmte Mitglieder aus dem Betriebsrat auszuschließen. Dieser V-Mann bekam nach seinem Vortrag einigen Beifall, was zweierlei Ursachen hat: Erstens war sein Redebeitrag so undeutlich, daß sich der Betriebsratsvorsitzende selbst angegriffen fühlte und eine „Ehrenerklärung" für die 14 IGM-Betriebsräte abgab; zum anderen aber zeigt dies auch, daß noch Illusionen über den Charakter der Institution Betriebsrat in den Köpfen der Kollegen vorhanden sind. Vom Standpunkt der Kapitalisten und des Gewerkschaftsapparates bedeutet „Funktionsfähigkeit", daß der Betriebsrat die Kämpfe der Arbeiter für ihre Interessen abwiegeln und spalten soll. Das ist auch im BVG festgelegt, wo der Betriebsrat zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit" mit den Kapitalisten verpflichtet wird. Diese arbeiterfeindliche Funktion des Betriebsrats wird natürlich angegriffen und beeinträchtigt, wenn ein Mitglied des Betriebsrates sich konsequent für die Interessen und Forderungen der Kollegen einsetzt und ihnen hilft, durch Entfaltung ihrer Kampfkraft ihre Forderungen durchzusetzen und sich im unversöhnlichen Klassenkampf gegen das Kapital zusammenschließen.

Insgesamt bekamen die Kapitalisten und ihre Handlanger eine gewaltige Abfuhr. Doch werden sie bestimmt ihren Plan, den Roten Betriebsrat so schnell wie möglich loszuwerden, nicht aufgeben. Aber durch die revolutionäre Kampfeskraft der Kollegen können solche Pläne verhindert werden. Die 28% aller Stimmen, die sich bei der Betriebsratswahl trotz wilder Hetze und Demagogie der Bonzen für die Rote Liste entschieden haben, geben uns Mut und Ansporn dafür.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



Zeitung der KPD/Marxisten-Leninisten für die bremischen Häfen

Letzte Rettung: Kriegshafen!

Die anhaltende Umschlagskrise in den bremischen Häfen kann nicht vertuscht werden. 1975 sank der Umschlag rapide um fast 18 % auf 21,9 Millionen t ab. Monatelang herrschte gähnende Leere an den Kajen. Im neuen Jahr 76 hat sich das Bild nicht geändert. „Es geht wieder aufwärts", posaunen die Herren von der Bremer Lagerhaus, aber tatsächlich hatten sie bisher nur eine Umschlagssteigerung von 1,7 % zu verzeichnen und zwar sie allein. Insgesamt geht es in den Häfen weiter bergab. Von Januar bis März 76 sank der Gesamtumschlag für Bremen und Bremerhaven um weitere 11,9 %.

Trotzdem werden die bremischen Häfen fieberhaft ausgebaut. Bis 1977 sollen über 90 Millionen Mark in riesige Stückgutanlagen modernster Art gesteckt werden, bis 1980 sollen 30 Millionen t umgeschlagen werden können.

Die Frage ist: Was soll, trotz weltweiter kapitalistischer Wirtschaftskrise, umgeschlagen werden? Was ist der Kern von Brinkmanns 30 Millionen-Tonnen-Traum?

Für die Hafenkapitalisten ist klar: Es wird nicht umsonst ausgebaut! Im April fand im Bremer Parkhotel eine Konferenz von hohen Herren statt, die allesamt äußerst interessiert sind an den bremischen Häfen. Es war die 13. Konferenz der „National Defense Transport Association" oder NDTA. Anwesend waren neben den Bremer Hafenkapitalisten der US-Botschafter und der NATO Oberbefehlshaber General Haig. Beraten wurde darüber, wie aus den bremischen Häfen die reibungslos funktionierende Hauptnachschubbasis für die amerikanischen Imperialisten werden kann. Dieser Konferenz auf dem Fuß folgte im Mai die Reise von Koschnik, Aufsichtsratvorsitzender der Bremer Lagerhausgesellschaft und Hafensenator Brinkmann in die USA. Ihre Aufgabe bestand darin, um jeden Preis Aufträge für die Hafenkapitalisten zu beschaffen. Und sie beschafften sie.

Mit dem Kriegsministerium der USA, dem Pentagon, kamen sie ins große Geschäft: Bis 1978 sollen 3 800 amerikanische Ledernacken samt Familienangehörigen und Personal mit den dazugehörigen schweren Waffen fest in der Garlstedter Heide stationiert werden. Dazu werden noch 400 Offiziere einer Luftaufklärungseinheit erwartet, so daß wir mit 12 000 Mann weiterer US-Besatzung in unserer Heimat zu rechnen haben. Kaum aus der USA zurück, erklärte Koschnik unverblümt: „Das bringt Umschlag für die Häfen". Und Hafensenator Brinkmann betete am 14. Mai ganz offen die Sea-Land-Containerlinie an, die die amerikanischen Truppen in Europa mit Munition und Waffen, mit amerikanischen Lebensmitteln vom Hamburger bis zum Lolli versorgt: „Sea-Land war für Bremen die große Chance, seine Häfen von anderen Umschlags- und Handelsplätzen abzuheben und eine Nasenlänge nach vorn zu schieben."

„Sea-Land", das ist der Kern der Hoffnung der Bremer Hafenkapitalisten. „Sea-Land", das ist: Mit Hilfe der Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte sollen die Profite wieder zum Florieren gebracht werden. Der Ausweg der Bremer Hafenkapitalisten aus der kapitalistischen Krise heißt Ausbau von Bremen und Bremerhaven zum Kriegshafen, heißt für uns Krieg.

Aber die Herren Ausbeuter müssen ihre Rechnung mit der Arbeiterklasse machen. Kein drittes Mal werden Arbeiter und Bauern ihre Knochen für die Kriegsprofite dieser Blutsauger hinhalten. Der Ausweg für die Arbeiterklasse, für die Hafenarbeiter und auch für die Bauern der Garlstedter Heide heißt: Revolution und Errichtung der Diktatur des Proletariats in einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland!

Meldungen aus den Betrieben

VFW-Fokker in Bremen

Im Betrieb des deutsch-niederländischen Luftfahrtkonzerns VFW-Fokker in Bremen kam es am 29. Juni zu einem spontanen Streik, an dem sich mehrere hundert Arbeiter beteiligten. Das war die Antwort der Kollegen auf einen frechen Angriff der VFW-Kapitalisten, der darauf abzielte, durch eine brutale Verschärfung der Arbeitshetze mehr Profit aus den Knochen der Arbeiter herauszupressen. Obwohl in dem VFW-Werk Bremen nicht im Akkord- sondern im Zeitlohnsystem gearbeitet wird, waren am Vormittag des 29. Juni Vertreter der Geschäftsleitung mit Stoppuhren aufgetaucht, die mit der Durchführung von Zeitlohnstudien begannen, um für die Arbeiter Vorgabezeiten festzulegen. Die Festlegung von Vorgabezeiten für Zeitlöhner widerspricht sogar dem arbeiterfeindlichen Betriebsverfassungsgesetz. Der Streik wurde nach einigen Stunden wieder abgebrochen, nachdem die Werksleitung zugesagt hatte, daß in den nächsten vier Wochen keine Zeitstudien mehr gemacht werden. Es ist jedoch klar, daß die VFW-Bosse ihren Plan nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben haben, in der Hoffnung, die Arbeiter doch noch überrumpeln zu können.

Akkumulatorenfabrik Wilhelm Hagen AG, Werk Kassel

Gegen den Versuch der Kapitalisten, durch entsprechende Arbeitsplatzbewertung die Ausbeutung der Arbeiter zu verschärfen, traten im Werk Kassel der Wilhelm Hagen AG am 22. Juni mindestens 150 Kollegen in einen spontanen Streik. Die Arbeitsniederlegung begann am frühen Vormittag und dauerte fast den ganzen Tag an.

HDW/Kiel

Schon über eine Woche befindet sich der Rote Betriebsrat Bernd Woitalla täglich im Betrieb bei seinen Kollegen. Per Gerichtsbeschluß hat er vor allem durch die Solidarität seiner Kollegen durchsetzen können, daß er seine Betriebsratstätigkeit wieder aufnehmen kann, nachdem er während der Betriebsratswahlen 1975 von HDW entlassen worden war. Die HDW-Kapitalisten und der IGM-Apparat versuchen, ihn mit üblen Mitteln bei seiner Arbeit zu behindern und ihn von seinen Kollegen zu isolieren. Ständig schleicht ein Werkschützer um ihn herum, um ihn zu bespitzeln und die Kollegen einzuschüchtern. Ihm wird kein Werksausweis, nicht einmal ein Schutzhelm ausgehändigt usw. Doch die Solidarität seiner Kollegen ist groß. Viele Kollegen sind mit Problemen an ihn herangetreten. Vor einigen Tagen kamen in der Frühstückspause zum ersten Mal zwei IGM-Betriebräte, als Bernd sich gerade mit seinen Kollegen besprach. Sie behaupteten, daß von Kollegen Beschwerden gekommen seien, er würde sie von der Arbeit abhalten. Doch dieser Angriff schlug fehl. Bernd entlarvte dieses Manöver vor den Kollegen. Einer sagte dann wütend, daß die Betriebsräte die Kollegen wohl für dumm hielten. Ihm sei es lieber, daß einer wie Bernd gerade heraus seine Meinung sage und nicht so hinten herum komme. Außerdem sei die Entlassung eine Schweinerei.

Die Betriebszelle der KPD/ML hat Aufkleber angefertigt, auf denen neben der Wiederaufnahme der Betriebsratstätigkeit die sofortige Wiedereinstellung von Bernd gefordert wird. Der Kampf für diese Forderung, sowie gegen alle Hindernisse, die Bernd in den Weg gelegt werden, wird jetzt verschärft geführt.

Revisionistisches

„INTENSIVNACHDENKEN!"

Bekanntlich wird in der DDR, wie in allen revisionistischen Ländern, die Ausplünderung der Werktätigen durch Rationalisierung und verstärkte Arbeitshetze immer mehr vorangetrieben. Die unmenschlichen Methoden der „Arbeitsplatzbewertung", die der US-Imperialismus und andere kapitalistische Länder seit Jahren praktizieren, um auf Kosten der Arbeiterklasse mehr, schneller und profitabler zu produzieren, werden auch hier angewandt.

Keine leichte Aufgabe für die modernen Revisionisten der D„K"P, diese Ausplünderung ihrer Klassenbrüder den Werktätigen in unserem Land als „sozialistische Errungenschaft" anzupreisen. Die „UZ", Zeitung der D„K"P, muß schon alle Register der Pseudowissenschaftlichkeit ziehen, um sich aus der Klemme zu helfen. Ein Leserbrief macht ihr offensichtlich zu schaffen. Herr S. aus Köln fragt an: „Auf dem IX. Parteitag der SED wurde viel über Intensivierung der Produktion gesprochen. Bedeutet sozialistische Intensivierung für die Werktätigen in der DDR, daß sie nun mehr arbeiten müssen?"

Keineswegs! Die „UZ" kann Herrn S. da beruhigen. „Sozialistische Intensivierung", antwortet sie, „bedeutet zunächst einmal, intensiv über das Warum und Wie der Produktion nachzudenken." Und sie sagt auch gleich, was dabei herauskommt, wenn Revisionistenhäuptlinge und ihre gekauften Lakaien in der Forschung „intensiv nachdenken": „Sozialistische Intensivierung bedeutet weiter: Alle Faktoren des Wachstums der Produktion (. . .) in den Vordergrund zu rücken. Wissenschaftler der DDR haben errechnet, daß in der Volkswirtschaft 1975 Werte von 577 Mrd Mark eingesetzt wurden. Damit bedeutet eine täglich um 10 Minuten höhere Grundfondauslastung in der Industrie im Jahre 1975 eine zusätzliche Jahresproduktion von 3,4 Mrd Mark. 1980 werden das 4,6 Mrd sein."

Für Leute, denen das zu wissenschaftlich ist, übersetzt die „UZ" das ganze gleich in einfaches Deutsch „Sozialistische Intensivierung bedeutet also, durch Modernisierung und bessere Ausnutzung der vorhandenen Grundfonds mit der gleichen oder einer geringeren Anzahl von Arbeitskräften mehr zu produzieren."

Demnach haben im letzten Jahr offensichtlich auch Opel, VW und die anderen Kapitalisten in unserem Land enorm „sozialistisch intensiviert". Z. B. dadurch, daß sie die „vorhandenen Grundfonds" besser nutzten und einfach die Bänder schneller stellten. Von Mehrarbeit und Arbeitshetze kann überhaupt keine Rede sein!

PLANERFÜLLUNG VORGETÄUSCHT

Um zu vertuschen, daß Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie in den letzten Jahren sich immer schlechter entwickeln und die große Mißwirtschaft zu Lebensmittelknappheit führt, greifen neuerdings hohe sowjetische Funktionäre zu einem einfachen Trick, um das Volk zu täuschen und vor den höchsten Parteibonzen besser dazustehen: Sie täuschen Planerfüllung vor, indem sie einfach die Produktionszahlen fälschen. Inzwischen hat die sowjetrevisionistische Presse derartige Fälschungen in vier Lebensmittelfabriken in Südrußland selbst zugegeben. Dort wurde die Produktion von Fetten und Speiseöl im Wert von 27 Millionen DM in die Geschäftsbücher eingetragen, die es in Wirklichkeit überhaupt nie gab. Verantwortlich für diesen Betrug waren die höchsten Leiter der Fabrik.

Wiederaufbereitungsanlagen und Atommüll

Gefährdung von Millionen - Profite für die Konzerne

Vor einiger Zeit wurde bei einer Bäuerin im emsländischen Wahn angefragt, ob man auf ihrem Grund und Boden nach Erdöl bzw. Erdgas bohren könne. Ein entsprechender Vertrag wurde unterzeichnet. Erst nachdem die Plattform für die Bohrgeräte bereits fertiggestellt war, stellte sich heraus, daß sie belogen worden war. Die Bohrungen auf ihrem Grundstück sollten nicht der Suche nach Erdöl bzw. Erdgas dienen, gebohrt werden sollte vielmehr, um festzustellen, ob dieser Grund und Boden geeignet sei für die Errichtung der zentralen Wiederaufbereitungsanlage und des Endlagers für hochaktiven Atommüll. Aus dem geplanten Standort Wahn wurde allerdings zunächst nichts. Denn als die Bohrtrupps anrückten, fanden sie die Plattform von frisch gezogenen Gräben eingeschlossen . . .

Hinter diesem unglaublichen Betrugsmanöver stand nicht etwa irgendeine Firma, sondern der kapitalistische Staat selbst. Denn die geplante Wiederaufbereitungsanlage ist Teil des vom Bundestag beschlossenen Energieprogramms.

Wozu Wiederaufbereitungsanlagen?

Nach etwa vierjähriger Betriebszeit ist der Anteil an spaltbarem Uran in einem Kernkraftwerk (KKW) soweit abgesunken, daß die alten Brennelemente durch neue ersetzt werden müssen. Die alten Elemente werden „wiederaufbereitet", d.h. das noch verbliebene spaltbare Uran sowie Plutonium und andere radioaktive Elemente werden abgetrennt. Uran und Plutonium gelangen als Brennstoffe wieder in die KKWs, die anderen zum Teil hochradioaktiven Elemente müssen „entladen" werden. Das bis zum Jahre 1985 in der Bundesrepublik rund 50 KKWs mit etwa 3 bis 4 000 Tonnen Brennmaterial zur Wiederaufbereitung da sein werden, da zu diesem Zeitpunkt weiterhin die Verträge über die Wiederaufbereitung von Brennelementen aus westdeutschen KKWs mit Frankreich und England abgelaufen sind, drängt die Bundesregierung auf den Bau dieses Werks.

Gefahren für die Bevölkerung . . .

Gegen den geplanten Bau der Wiederaufbereitungsanlage und die sogenannte Atommülldeponie hat es große Empörung und bereits eine Reihe von Protesten in den dafür vorgesehenen Gebieten gegeben. Nach der Niederlage bei der Standortwahl im Emsland wird darum jetzt versucht, den endgültigen Standort möglichst lange geheim zu halten. Momentan ist von drei möglichen Standorten die Rede. Mit erneuten Bohrungen wurde bereits im Naturschutzgebiet Südheide begonnen, einem Gelände, das dem Staat gehört.

Die Regierung in Bonn und die verschiedenen Landespolitiker versuchen die Bildung einer breiten Protestbewegung vor allem mit dem Argument zu verhindern, daß von einer Gefährdung der Bevölkerung keine Rede sein könne. Aber das ist nicht wahr. So stellte etwa ein gewisser Prof. Dr. Bechert fest:

„Daß für die Bundesrepublik eine große Wiederaufbereitungsanlage gebaut werden wird, ist leider sicher. Sie wird die Abfälle nicht nur von einem, sondern von etwa 50 in der Bundesrepublik vorhandenen oder geplanten KKWs aufzuarbeiten haben. Dabei werden riesige Mengen von gefährlichen radioaktiven Stoffen in die Luft und ins Wasser abgegeben, bis zum Tausendfachen der Menge, welche die bis 1985 geplanten und im Betrieb befindlichen Kernkraftwerke im sogenannten „Normalbetrieb" abgeben. Die heute in der Bundesrepublik vorhandenen sogenannten Leichtwasserreaktoren vom Typ Druckwasserreaktor oder Siedewasserreaktor blasen nämlich über den Kamin radioaktive Edelgase wie Krypton 85 und Xenon 133 in die Luft, dazu radioaktives Jod 131 und 129, das über die Nahrungskette Gras – Kuh – Milch besonders Kleinkinder gefährdet, weil es in der Schilddrüse abgelagert wird. Davon bleibt das Jod 129 Hunderte von Millionen Jahren strahlungsfähig, wird also ständig in der Umgebung von Menschen vorhanden sein und Menschen gefährden. Dazu kommt noch die Abgabe des radioaktiven Wasserstoffs Tritium an das Wasser des Flusses, der das Kühlwasser für den Reaktor liefert. Tritium kann über Trinkwasser in den Körper geraten, Erbschäden hervorrufen und auch sonst wichtige Steuerungsvorgänge im Körper blockieren. Weder für die Edelgase noch für Tritium gibt es technisch brauchbare Rückhalteverfahren. Sie werden deshalb vom Kernkraftwerk und besonders ausgiebig von der Wiederaufbereitungsanlage einfach in die Umgebung abgegeben."

Die enormen Wassermengen, die für die Wiederaufbereitung gebraucht werden, sollen ganz oder teilweise aus dem Grundwasservorkommen gedeckt werden. Würde das in der Lüneburger Heide geschehen, wäre die Gefahr eines Waldbrandes in der sowieso schon trockenen und von ständigen Waldbränden heimgesuchten Gegend ständig vorhanden (ganz abgesehen von einer möglichen Gefährdung des Grundwassers).

Das ist nicht die einzige Gefährdung der Bevölkerung. Auch die Gefahr von Unfällen ist groß. Beim Trennungsprozeß in der Wiederaufbereitungsanlage werden stark feuergefährliche organische Lösungen verwendet, die sich leicht entzünden und Explosionen verursachen können. Lösungen können ineinanderfließen und Kettenreaktionen auslösen. Sechs solcher Unfälle haben sich bereits in amerikanischen Anlagen ereignet. Dabei erhöht sich die Abgabe von Radioaktivität um ein Vielfaches. Würde nur 0,01% der in der geplanten bundesdeutschen Anlage gespeicherten Radioaktivität frei (z.B. durch eine größere Explosion oder bei einer Bombardierung im Kriegsfall), würde das in einem Gebiet von 250 qkm verheerende Auswirkungen haben.

Das alles stört die Kernindustrie wenig, für sie gilt: Hauptsache, die Kasse stimmt.

. . . Profite für die Konzerne

Gebaut und betrieben wird die Wiederaufbereitungsanlage durch die „Kernkraftstoff-Wiederaufbereitungsgesellschaft mbH" (KeWA), hinter der so große Konzerne wie Bayer, Hoechst und Gelsenberg stecken. Kosten wird die Anlage 5 bis 6 Mrd. DM und verarbeiten wird sie 1 400 Tonnen Atommüll pro Jahr. Das bringt eine hübsche Stange Geld, denn nach 1973er Preisen bringt eine Tonne etwa 70 000 Dollar. Allein das gewonnene Plutonium steht mit 6 Mill. Dollar pro Tonne hoch im Kurs. Durch gezielte Bundeshilfe ist eine starke Nachfrage für andere strahlende Nuklide entwickelt worden. Sie finden im technischen und medizinischen Bereich Anwendung. Die Wiederaufbereitungsanlage wird den weiteren Ausbau der Kernenergiegewinnung flankieren und dazu beitragen, daß sich auch weiterhin der Umsatz der Kernindustrie alle 6 Jahre verdoppelt.

Die Wiederaufbereitungsanlage soll außerdem den Export deutscher KKWs ins Ausland begünstigen, indem man sich verpflichtet, den in diesen KKWs anfallenden Atommüll aufzunehmen. Darüberhinaus arbeitet eine Wiederaufbereitungsanlage auch nur dann profitträchtig, wenn sie möglichst viele KKWs „betreut". Einen derartigen Vertrag über die Abnahme des Atommülls gibt es offiziell nur mit Luxemburg. Kürzlich aber erst deckte der „Bundesverband der Bürgerinitiativen für den Umweltschutz" auf, daß auch Gespräche mit Dänemark geführt worden sind. Es ist anzunehmen, daß in der Bundesrepublik auch der Atommüll von anderen Nachbarstaaten aufbereitet und endgelagert werden soll.

Endlagerung von Atommüll . . .

Die Bourgeoisie will im Jahre 2000 die Hälfte aller Elektrizität in KKWs erzeugen. Dabei würden jährlich 50 000 Tonnen an radioaktiven Abfällen entstehen, die sicher gelagert werden müssen.

In der Bundesrepublik hat man sich entschlossen, die Endlagerung in Salzstöcken vorzunehmen, obwohl man um die Gefahren weiß und obwohl man in Amerika von dieser Art Endlagerung abgekommen ist, weil man sie für zu unsicher hält. Ein Teil schwach- und mittelaktiver radioaktiver Abfälle wird zur Zeit auch schon in einem abgelegenen Salzstollen bei Wolfenbüttel in Niedersachsen gelagert (Asse II). Doch auch in Asse sind längst noch nicht alle Probleme gelöst. Bis heute sind mindestens 89 Schachtanlagen in der Nachbarschaft ersoffen, unter ihnen Asse I und III. Sollte Grundwasser mit den radioaktiven Substanzen in Berührung kommen, wäre das Wasser in dem Gebiet auf Jahrzehnte ungenießbar.

Die Endlagerung des hochaktiven Atommülls soll unter der Wiederaufbereitungsanlage ebenfalls in einem Salzstollen vorgenommen werden. Und dies im norddeutschen Raum (z.B. Lüneburger Heide), welcher bekanntlich nicht erdbebensicher ist. Man muß darüberhinaus bedenken, daß dieser hochaktive Atommüll nicht nur für einige Jahre, sondern für Jahrtausende (!) dort gelagert werden muß. So z.B. Plutonium, das eine Halbwertzeit (HWZ: Zeit, nach der genau die Hälfte einer bestimmten Menge Substanz zerfallen ist), von 24 000 Jahren hat und in Mengen von Millionstel Gramm Lungenkrebs erzeugen kann.

Trotz Tricks und Lügen: Der Widerstand formiert sich!

Immer mehr Menschen durchschauen das verbrecherische Kalkül der Kernindustrie. Das weiß die Bundesregierung und richtet sich darauf ein: Für den Bau der Wiederaufbereitungsanlage hat sie zunächst erstmal drei mögliche Standorte angegeben, um herauszufinden, wo der Widerstand am geringsten ist. Sie geht aber auch mit Tricks und Lügen vor: So wurde bei Bauern in Aschendorf – Hümmling Gelände unter dem Vorwand, nach Öl bohren zu wollen, gepachtet. In Wirklichkeit dienten die Bohrarbeiten dazu, den Salzstock für den geplanten Bau der Wiederaufbereitungsanlage zu untersuchen. Im Naturpark Südheide bei Herrmannsburg und Unterlüß verbreitete man die Lüge, die Wiederaufbereitungsanlage würde 3 500 Arbeitsplätze schaffen, wie Genossen vom KSB/ML-Hannover von der Bevölkerung erfuhren. Doch die Bevölkerung läßt sich nicht täuschen. Überall bilden sich Bürgerinitiativen, Protestversammlungen und Kundgebungen werden abgehalten.

Vom Aufbau des Sozialismus

CHEMISCHE INDUSTRIE IN ALBANIEN – OHNE UMWELTVERSCHMUTZUNG

Eine Reisegruppe aus Albanien schrieb uns kürzlich:

„Wir besuchten die Stickstoffdüngemittelfabrik „Gogonoschi" in Fieri. Ein Kollege führte uns durch den Betrieb. Aus der Bundesrepublik wissen wir, daß Arbeiter und die umliegende Landwirtschaft schwer unter der Umweltverschmutzung durch so einen Betrieb zu leiden haben. Wie werden diese Fragen von den albanischen Arbeitern gelöst?

Einmal ist die Herstellung des Düngers aus Methan, Wasser und Luft die umweltfreundlichste. In Westdeutschland werden umweltschädlichere Produktionsweisen verwendet, die billiger sind. Das Gesundheitsministerium schreibt sehr niedrige Normen vor für die Gase, die in die Luft abgegeben werden dürfen. Diese liegen unter der von der UNO geforderten Norm. Der albanische Staat schreibt vor: Wird von den Meßtrupps des Werkes oder des Ministeriums festgestellt, daß mehr Gas entweicht, als erlaubt, dann muß der ganze Betrieb sofort stillgelegt werden, bis ein Weg gefunden ist, die Norm wieder einzuhalten.

Andere Maßnahmen der Betriebsleitung in Fieri zeigen klar, daß der Mensch und nicht der Profit im Mittelpunkt steht: Jeder Arbeiter muß alle drei Monate durch Fachärzte untersucht werden. Das ist Pflicht. Auch ein Zahnarzt kontrolliert regelmäßig, weil der Zustand der Zähne wichtige Hinweise für die gesundheitliche Gesamtlage der Belegschaft eines Betriebes gibt.

Auch wird kostenlos Milch usw. ausgegeben, um die Abwehrkraft der Arbeiter zu stärken. Bei uns sieht das auch in diesem Punkt ganz anders aus. Es gibt Fabriken, die bis vor kurzem noch kostenlos Milch ausgaben. Letztens wurde das gestrichen, weil korrumpierte Werksärzte auf einmal völlig aus der Luft gegriffen behaupteten, das sei nach „neuesten Untersuchungen" ungesund."

ERNTE IN ALBANIEN FAST ABGESCHLOSSEN

In ganz Albanien arbeiten die Werktätigen in der Landwirtschaft mit hohem Einsatz, um die Erntearbeiten so schnell wie möglich abzuschließen. Im Flachland sind bereits 70% der Ernte eingebracht, in den Gebirgsgegenden hat die Ernte des Getreides begonnen.

In dieser Zeit, wo besonders die Arbeiter in der Landwirtschaft ein großes Arbeitspensum zu bewältigen haben, kommen aus den Städten Tausende von freiwilligen Helfern zur Unterstützung. Schüler, Jugendliche und Werktätige aus den Fabriken gehen zu Ernteeinsätzen aufs Land. Im Bezirk Librazhd zum Beispiel arbeiten etwa 10 000 Schüler und Jugendliche zusammen mit den Genossenschaftsbauern, außerdem etwa 800 Kader und Werktätige aus den Fabriken oder der Verwaltung, die für 15 Tage ihren Arbeitsplatz verlassen haben, um die Erntearbeiten zu unterstützen.

An den Berichten über die Erntearbeiten in Albanien fällt besonders auf, daß im sozialistischen Albanien keine Rede sein kann, von „Mißernten wegen Wetterschäden". Obwohl Albanien von der Hitzewelle, die die Kapitalisten in den westlichen Ländern dafür verantwortlich machen, nicht weniger betroffen ist, obwohl in einigen Gebieten des Landes im Frühjahr Unwetter schwere Schäden anrichteten, liegt die Ernte in diesem Jahr sogar über dem vorgesehenen Plan. Die Genossenschaftsbauern im Bezirk Fieri beispielsweise haben sich verpflichtet, 22 500 dz Brotgetreide über den Plan hinaus zu liefern. Insgesamt wird in Albanien in diesem Jahr dreimal mehr geerntet als noch 1960.

Diese Erfolge sind dem systematischen Aufbau der Landwirtschaft zu danken, die immer besser mit Maschinen, Düngemitteln usw. ausgerüstet wird. Sie ist weiter zurückzuführen darauf, daß immer mehr Brachland in landwirtschaftliche Nutzfläche umgewandelt wird und die Bewässerungsarbeiten ständig vorangetrieben werden. 90% des Nutzlandes sind heute künstlich bewässert, eine der höchsten Raten in der Welt. Die materielle Lage der Bauern verbessert sich durch die Fürsorge des Staates immer mehr, Hunderte von führenden Kadern arbeiten heute auf dem Land, um zum Aufbau der Landwirtschaft beizutragen. Vor allem aber ist die Entwicklung der Landwirtschaft und die Erntearbeit eine Sache des ganzen Volkes, das sich mit glühendem Eifer dafür einsetzt, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu garantieren. So kann das albanische Volk in diesem Jahr trotz der ungünstigen Bedingungen eine sehr gute Ernte einfahren.

2400 DM Geldstrafe gegen den Genossen Ernst Aust

In Duisburg stand Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, vor Gericht. Weil er in einem Flugblatt, mit dem er sich 1975 als Kandidat der Partei bei den Landtagswahlen vorgestellt hatte, den bürgerlichen Staatsapparat als Ausbeutungs- und Unterdrückungsinstrument bezeichnet und erklärt hatte, die Bourgeoisie gehe zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft auch über Leichen, fühlte sich der Staatsapparat „verächtlich gemacht" und die Polizei beleidigt.

Daß Genosse Ernst Aust in diesem Flugblatt nichts anderes als die Wahrheit gesagt hatte, wurde während des Prozesses hinlänglich bewiesen. Es begann schon damit, daß die Richterin einen Antrag auf Einstellung des Verfahrens ablehnte. Genosse Ernst und sein Verteidiger hatten in einem Antrag ausführlich darauf hingewiesen, daß dieser Prozeß selbst nach bürgerlichem Recht ungesetzlich ist. Denn einer Partei kann – offiziell – niemand anderes als das Bundesverfassungsgericht durch ein Verbotsurteil das Recht nehmen, ihr Programm und ihre politische Linie unter die Massen zu tragen.

Dann marschierten die „Zeugen" gegen Genossen Ernst auf: Ausschließlich Beamte der Duisburger Polizei. Mit ihrer Aussage wollte der Staatsanwalt beweisen, daß Ernsts Wahlbreif tatsächlich verteilt worden war. Das allerdings erwies sich als Schlag ins Wasser. Der Polizist Wiebl beispielsweise erklärte schlicht, er habe das Flugblatt bekommen, er könne aber hier nicht sagen, von wem. Ein anderer sagte aus, daß Flugblatt sei zwar ganz sicher verteilt worden, nur könne er sich nicht erinnern, wann und wo.

Eine besondere Provokation war der Auftritt des Polizisten Riede, der zum Einsatzkommando der Polizei während des Arbeitsgerichtsprozesses gegen Hanfried Brenner gehört hatte, bei dem Genosse Günter Routhier so schwer von der Polizei verletzt wurde, daß er starb. Dieser Mann, war in der Zwischenzeit nicht nur befördert worden, er hat auch noch die Stirn, Anzeige gegen Ernst Aust zu erstatten! Nach seinem Einsatz damals befragt, begann er zu toben: „Geht das jetzt schon wieder los?" und behauptete, er könne sich an nichts mehr erinnern. Eine klare Falschaussage, wenn man sich erinnert, daß dieser gleiche Herr Riede erst vor kurzem in einem anderen Prozeß in äußerst zynischer Weise erzählt hatte, wie Genosse Günter Routhier brutal zwischen die Stuhlreihen des Gerichtssaales geschleudert worden war.



Genosse Ernst entlarvte schonungslos den wahren Charakter dieser Polizei. Er zeigte, daß dieser Apparat der Bourgeoisie gedrillt ist zur Unterdrückung der Werktätigen. So berichtete er z. B., daß in Köln nach Gründung der Bundesrepublik von 33 Polizeidienststellen 20 von ehemaligen SS-Sturmbannführern besetzt worden waren. Und er bewies, daß die Bourgeoisie, um an der Macht zu bleiben, den Weg der Faschisierung geht, daß der Staatsapparat die Unterdrückung der Volksmassen systematisch verschärft. Der Verteidiger ging in seinem Plädoyer noch einmal besonders auf die Geschichte des § 90 a ein und zeigte, wie dieses Gesetz, das in einer ähnlichen Form schon den Hitlerfaschisten gedient hatte, gezielt im Kampf gegen die revolutionäre Bewegung nach dem Krieg und gegen die Kommunistische Partei geschaffen worden war.

2 400 DM Geldstrafe oder 60 Tage Haft fordert der Staatanwalt in seinem Plädoyer, eine Forderung, der das Gericht entsprach. Das Flugblatt wird eingezogen. Doch Genosse Ernst Aust hatte schon während des Prozesses fest und unerschütterlich erklärt: Kein Terror – auch dieses Urteil nicht – wird die kommunistische Agitation und Propaganda zum Schweigen bringen, wird die Kommunistische Partei vom Kampf abhalten.

Terrorurteil gegen die Rote Hilfe

Fortsetzung von Seite 1

die Wahrheit steht, daß Genosse Günter Routhier von der Polizei ermordet worden ist, daß Isolationsfolter in westdeutschen Gefängnissen brutale Wirklichkeit ist, daß der Hungerstreik der politischen Gefangenen ein gerechter Kampf war. Ein Angeklagter, der das Vorgehen der bürgerlichen Klassenjustiz gegen ihn durch und durch entlarvte. Für die Zuschauer war es klar: hier entschieden nicht Argumente, hier entschied nicht die Wahrheit, sondern hier entschied die Macht – die Macht, die die bürgerliche Klassenjustiz gegen alle Argumente und Wahrheit besitzt.

Was gibt den Richtern die Macht, darüber zu entscheiden, ob Revolutionäre zu schweren Strafen verurteilt werden, weil sie für den Kampf der Arbeiterklasse eintreten? Gewiß, sie verkünden die Urteile – und dafür werden sie eines Tages, wenn die Arbeiterklasse die Macht errungen hat, zur Verantwortung gezogen werden. Doch auch diese Richter sind nur ein Rad der Unterdrückungsmaschinerie, neben den Gesetzen, dem Polizeiapparat, dem Gefängnisapparat usw. Sie alle bilden einen einheitlichen Apparat, wo eines ins andere greift, um die Unterdrückung der Werktätigen und ihrer revolutionären Vorhut allseitig und einheitlich durchzuführen und zu verschärfen – den bürgerlichen Staatsapparat, das Gewalt- und Herrschaftsorgan der Diktatur der Kapitalistenklasse. Über ihn treibt die Kapitalistenklasse die Faschisierung, die zunehmende Unterdrükkung und die Verfolgung aller revolutionären und fortschrittlichen Menschen voran, um ihre Diktatur gegen die Arbeiterklasse und alle Werktätigen, um ihren Ausbeuterstaat zu sichern.

Noch vor einigen Jahren waren Prozesse wegen Verbreitung revolutionärer Ideen, wie er jetzt gegen Genossen Michael geführt wurde, durchaus nicht alltäglich. In dem Maße aber, wie die Kampfkraft der Arbeiterklasse erstarkte, in dem Maße vor allem, wie die kommunistische Bewegung mit der Partei an der Spitze wuchs und sich in der Arbeiterklasse immer fester verankerte, wurden die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die revolutionäre und kommunistische Presse verschärft. Es begann mit Geldstrafen, die von Prozeß zu Prozeß immer mehr gesteigert wurden. Doch die Genossen, die vor Gericht standen, ließen sich nicht einschüchtern, sondern verteidigten standhaft die Sache des Proletariats. Die Bourgeoisie griff zu immer härteren Maßnahmen: Gefängnisstrafen auf Bewährung, die Drohung, bei weiteren Anklagen die Bewährung aufzuheben. Doch die wahrhaft revolutionäre und kommunistische Presse konnte auch das nicht hindern, ihre Propagandaarbeit konsequent fortzuführen. Nun wurde mit dem Urteil gegen den Genossen Michael die erste Gefängnisstrafe ohne Bewährung wegen revolutionärer Propaganda verhängt. Doch auch dies Urteil wird seine beabsichtigte Wirkung verfehlen.

Wir können die Bourgeoisie nicht daran hindern, die Faschisierung voranzutreiben, zu immer schärferen Maßnahmen zu greifen. Zweifellos gilt es breiteste Solidarität mit den angeklagten Genossen zu üben und nicht einen Zentimeter im Kampf um die Bedingungen für die revolutionäre Arbeit kampflos preis zu geben. Daß dies Erfolge bringen kann, dafür war der Prozeß in den fünfziger Jahren gegen den Genossen Ernst Aust, der als Herausgeber des „Blinkfuer" angeklagt war und zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde, ein hervorragendes Beispiel. Durch eine breite Solidaritätskampagne im In- und Ausland konnte verhindert werden, daß das Urteil vollstreckt wurde. Doch solange die Bourgeoisie die Macht hat, solange wird nicht verhindert werden können, daß der Kampf zu ihrem Sturz auch Opfer kostet.

Doch auf der anderen Seite kann die Bourgeoisie nicht verhindern, daß der Kampf zu ihrem Sturz immer mehr an Breite und Stärke zunimmt. Ihre Terrormaßnahmen selbst werden die Unzufriedenheit und Empörung unter den Werktätigen gegen den bürgerlichen Klassenstaat verschärfen und die Kampfbereitschaft und Kampfentschlossenheit des Proletariats verstärken. Die Kommunisten und Revolutionäre wissen, daß sie in ihrem Kampf nicht allein stehen, sondern daß sie nur an vorderster Front der werktätigen Massen kämpfen, die sich immer enger mit ihnen zusammenschließen werden.

Als Wilhelm Liebknecht als führende Kraft der revolutionären Sozialdemokratie 1872 vor Gericht gestellt wurde, sagte er:

Durchblättert das Buch der Geschichte.
Findet ihr nur ein Beispiel von erfolgreicher Unterdrückungspolitik? Nur einen endgültigen Sieg der Gewalt über die Idee?
Findet ihr nicht umgekehrt, daß jeder Versuch der Unterdrückung die Macht der unterdrückten Bewegung gesteigert, ihren Triumph beschleunigt hat?"

Polizei gegen Ausländerdemonstration

Am 9.7. veranstalteten mehrere türkische und deutsche Organisationen in Köln eine Demonstration gegen den faschistischen Terror in der Türkei und insbesondere gegen die Morde der MAP und die Unterstützung der MAP durch die westdeutschen Imperialisten. Eine Hundertschaft Polizei versuchte unausgesetzt, die etwa 300 Demonstranten zu provozieren. Erst wurde der Lautsprecherwagen verboten, dann kündigte die Polizei an, sie würde den Zug auflösen, wenn sich die Aufstellung verzögere und schließlich nahmen Polizisten drei Flugblattverteiler fest, darunter auch Yüksel Urgulu, der bereits wegen seiner revolutionären Tätigkeit zu einer hohen Gefängnisstrafe verurteilt wurde und abgeschoben werden soll. An vier Stellen wurde der Zug durch Fernsehwagen der Polizei gefilmt. Die Empörung der Bevölkerung über diese Schikanen und Einschüchterungsversuche war groß.

Nach Sendung im holländischen Fernsehen

KPD/ML-Filmmaterial beschlagnahmt

Seit dem 5. Juli hält die Staatsanwaltschaft Filmmaterial der KPD/ML beschlagnahmt. Das Filmmaterial, das per Luftfracht vom Holländischen Fernsehen an die Partei zurückgeschickt wurde, wurde von der Zollfahndung einbehalten und unter Berufung auf das sogenannte „Überwachungsgesetz" an den Oberstaatsanwalt Koch in Dortmund weitergeleitet. In einer Pressemitteilung des Parteivorstandes der KPD/ML heißt es dazu:

„Bei dem sichergestellten Material handelt sich um Filmaufnahmen, die die KPD/ML der Redaktion „Kenmerk" des II. Holländischen Fernsehens zur Verfügung gestellt hat. Es sind Aufnahmen vom Polizeiüberfall auf den Trauerzug zu Ehren Günter Routhiers und von der Beerdigung im Juni 1974, von denen einige Szenen im Rahmen eines Berichts von „Kenmerk" über den Fall Günter Routhier am 2. Juni im Holländischen Fernsehen gesendet wurden.

Die Beschlagnahmung des Filmmaterials ist bereits das zweite Eingreifen staatlicher Behörden der BRD gegen die holländische Fernsehsendung.

Bereits kurz nach Ausstrahlung der Sendung hat der stellvertretende Polizeipräsident von Duisburg, Rubröder, wiederholt das Manuskript bei der Redaktion „Kenmerk" angefordert. Die holländischen Fernsehkollegen haben dies mit dem Hinweis abgelehnt, daß ihnen zahlreiche Fälle in der BRD bekannt seien, in denen Menschen aufgrund ihrer Meinungsäußerung im Fernsehen oder anderen Medien verfolgt und bestraft worden sind. Solchen Praktiken wollten sie keinen Vorschub leisten.

Die gleichen Stellen haben jetzt offensichtlich die Sicherstellung und Überprüfung des Filmmaterials veranlaßt, in der Absicht und Hoffnung, dieses Material für strafrechtliche und erkennungsdienstliche Ermittlungen auswerten zu können.

Dies ist ein eklatanter Fall der Beschränkung journalistischer Tätigkeit und unseres Wissens der erste Fall, daß im Ausland gesendetes Filmmaterial eingezogen und damit eine weitere Verwendung für die Berichterstattung unterbunden werden soll.

Die Redaktion „Kenmerk" hat gegen diesen ungeheuerlichen Angriff auf die Informationsfreiheit und freie Berichterstattung seitens der deutschen Behörden protestiert und wird die holländische Öffentlichkeit über diesen Fall informieren. In Holland, wie in anderen europäischen Ländern, beobachtet die Bevölkerung mit wachsender Sorge und Empörung die fortschreitende Faschisierung in unserem Lande, die bei ihnen die Erinnerung an die nazifaschistische Diktatur und ihre Verbrechen wach werden läßt."

In der Mitteilung wird dazu aufgerufen, gegen dieses Vorgehen bei der Staatsanwaltschaft Dortmund zu protestieren und die Forderung nach sofortiger Freigabe des Filmmaterials zu unterstützen.

SPENDENKONTO
Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:
Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Sparkasse Dortmund
Kto.: 321 004 547
Stichwort: SOLIDARITÄT

Spenden

Im Monat Juni gingen folgende Spenden auf das Konto „Vorstand der KPD/ML" ein:

1. Spenden für die KPD/ML

15.6. RG-Zeltlager Hamburg, programmatische Erklärung	74,50 DM
22.6. Arbeitertreff HH-Altona	55,75 DM
28.6. D. N., Oberschleißheim	35,00 DM
29.6. H. W., Hamburg	10 800,00 DM
29.6. Arbeitertreff Hamburg-Barmbeck	40,00 DM
Gesamt	**11 005,25 DM**

Spenden für die KPD/ML Sektion DDR

2.6. Grundschulung München	150,00 DM
3.6. E. S., Saarbrücken	60,00 DM
8.6. OG Reutlingen	67,50 DM
9.6. Geburtstagsfeier Essen	70,00 DM
21.6. H.D.H. Wuppertal	25,00 DM
24.6. Stammtisch Kitzingen	25,00 DM
25.6. Kunden Buchladen Köln	155,40 DM
29.6. Kunden Thälmann-Buchladen Kiel	285,63 DM
Gesamt	**838,53 DM**

Solidaritätsspenden

1.6. OG Freiburg, RM-Prozesse	145,54 DM
1.6. Kunden Buchladen Westberlin, Solidarität	126,40 DM
2.6. Kunden Buchladen Westberlin, RM Prozesse	50,00 DM
2.6. Arbeitertreff Gelsenkirchen, RM-Prozesse	54,80 DM
2.6. W. K., Essen Solidarität	20,00 DM
3.6. OG Frankfurt, kommunistische Presse	118,11 DM
8.6. KSB/ML Tübingen, Solidarität	37,13 DM
9.6. Veranstaltung Mainz, RM-Prozesse	287,00 DM
9.6. Geburtstagsfeier Kitzingen RM-Prozesse	70,00 DM
9.6. Spenden aus Kitzingen, RM Prozesse	29,00 DM
10.6. RM-Veranstaltung Darmstadt, RM-Prozesse	120,00 DM
11.6. Sympathisanten Gießen, RM-Prozesse	41,70 DM
14.6. RG Hamburg, RM-Prozesse	30,00 DM
14.6. Doppelkopfrunde Köln Solidarität	39,15 DM
21.6. H:D.H., Wuppertal RM-Prozesse	10,00 DM
22.6. Albanienveranstaltung Westberlin, Solidarität	162,90 DM
22.6. G. und R., Westberlin Solidarität	23,45 DM
22.6. W.K. Essen Solidarität	20,00 DM
23.6. KSB/ML-TFH, Westberlin RM-Prozesse	27,00 DM
23.6. Veranstaltung Essen Routhier-Prozesse	132,00 DM
25.6. Routhier-Veranstaltung Köln Solidarität	127,26 DM
Gesamt	**1 671,44 DM**

Spenden für den „Roten Morgen"

3.6. Kulturabend München	50,00 DM
9.6. Veranstaltung RG Hamburg-Altona	62,00 DM
10.6. Arbeitertreff Bochum	100,00 DM
14.6. Buchladen Hamburg	78,87 DM
18.6. Arbeitertreff Hamburg Barmbeck	81,85 DM
23.6. Kunden Buchladen Stuttgart	100,00 DM
23.6. Arbeitertreff Hamburg Altona	630,00 DM
24.6. Stammtisch Kitzingen	132,00 DM
Gesamt	**1 234,72 DM**

Sonstige Spenden

21.6. H.H. Gelsenkirchen, Kambodscha	20,00 DM
22.6. Hochzeitsfeier Darmstadt PAC	100,00 DM
23.6. Revolutionärer Jugendvertreter, Hamburg, PAC	8,60 DM
24.6. Feier Kitzingen, PAC	30,00 DM
25.6. RG Reutlingen, FRAP	23,58 DM
25.6. R. P., Hamburg, PAC	20,00 DM
30.6. RHD Saarbrücken, PAC	87,50 DM
30.6. D.K., Fulda, PAC	40,00 DM
Gesamt	**329,68 DM**

Wir danken allen Freunden unserer Partei und allen Genossen für die überwiesenen Spenden.

"Zeri i Popullit" (Redaktioneller Artikel vom 9. 7. 76)

Die Konferenz, die den revisionistischen Verrat besiegelte

In den letzten Junitagen, schreibt „Zeri i Popullit“, wurde in Berlin die mit so viel Eifer angepriesene und so lang hinausgezögerte Konferenz der revisionistischen Parteien Europas abgehalten. Alle revisionistischen Häupter im Osten und im Westen reden jetzt und posaunen aus, in der Hauptstadt der DDR seien die Streitigkeiten und Mißverständnisse zwischen ihnen beseitigt und die Grundlagen für eine „neue wirkliche Solidarität“ gelegt worden. Doch wie fähig die Revisionisten in der Kunst der Demagogie und Heuchelei auch sein mögen, sie können die von ihnen in Berlin aufgeführte Komödie nicht als eine Siegesparade an den Mann bringen. Das Kommunique, das sie zum Abschluß der Konferenz ausgaben und für das Spezialisten der Kompromisse und ausgewogenen Formulierungen zwei Jahre aufreibende Arbeit nötig hatten, um es auszuarbeiten, ist ein Dokument, das aufs Eindeutigste die unversöhnlichen Positionen der Unterzeichner, die Spaltungen und Rangeleien, die den modernen Revisionismus kennzeichnen, belegt.

Die Konferenz von Berlin war eine sowjetische Initiative. Bereits im Herbst 1974 organisierten die Sowjetrevisionisten in Warschau eine Beratung, der zwei Monate später eine weitere in Budapest folgte. Danach wurde von der ungarischen Hauptstadt nach Ostberlin übergewechselt, wo eine Arbeitsgruppe gebildet wurde, um ein gemeinsames Dokument auszuarbeiten. Die Breschnew-Clique setzte alle Hebel in Bewegung, das Treffen von Berlin gleich nach der Konferenz von Helsinki und noch vor dem 25. Parteitag der sowjetrevisionistischen Partei stattfinden zu lassen. Doch dieses Treffen wurde zwölf Monate später als vorgesehen abgehalten und erst nachdem sechs Versionen des Abschlußdokumentes vorbereitet waren.

Warum beharrt die sowjetrevisionistische Führung derart darauf, unbedingt die europäische Revisionistentagung zu organisieren?

Die sowjetischen Führer wollten sich gerne der bedingungslosen Unterstützung der revisionistischen Kräfte versichern und von ihnen eine öffentliche und offizielle Zustimmung zu ihrem ganzen sozialimperialistischen Kurs nach innen und nach außen einholen. In der Zeit, da die schwere Wirtschafts-, Energie- und Finanzkrise auch die revisionistische Welt erfaßte, da die Rivalität mit dem US-Imperialismus um Einflußbereiche, Absatzmärkte und Militärstützpunkte sich intensivierte, hatten es die Sowjetrevisionisten sehr nötig, in den anderen revisionistischen Parteien Ordnung und Disziplin zu schaffen, die ins Wanken geratene Vorherrschaft zu verstärken und sie zu zwingen, die Leitung Moskaus zu akzeptieren und in seinem Kielwasser zu segeln. Andererseits hatten es die sowjetrevisionistischen Häupter bitter nötig, ihre Expansionspolitik, die immer mehr auf den offenen Widerstand der Völker und den Kampf der revolutionären Kräfte stößt, vor der sowjetischen inneren öffentlichen Meinung und der Weltöffentlichkeit als eine angeblich im Dienst des Sozialismus und Kommunismus stehende Politik, als eine mit allen „Bruderländern“ und allen „Bruderparteien“ abgestimmte und von ihnen befürwortete Linie hinzustellen. Ein breites Forum des internationalen Revisionismus nach der sogenannten „Europäischen Sicherheitskonferenz“ in Helsinki wäre eine schreiende Reklame für die politische Karriere des Generalsekretärs der revisionistischen Partei der Sowjetunion gewesen.

Mit einem Wort, von der europäischen Revisionistentagung, die die Kremlzaren so beharrlich verlangten, wollten sie für die Politik der Supermacht, die die Sowjetunion betreibt, eine Ehrenurkunde erhalten, wollten sie, daß die auf internationaler Ebene unternommenen Aktionen, um sich Einflußbereiche zu verschaffen und die sowjetische Expansion auf neue Räume auszudehnen, einen internationalistischen und friedlichen Anstrich bekommen. Die Ziele, Wünsche und Hoffnungen der Sowjetrevisionisten stimmten aber nicht mit denen der anderen Revisionisten überein.

Der Verrat der revisionistischen Parteien des Westens am Marxismus-Leninismus, heißt es ferner in dem am 9. Juli veröffentlichten Artikel der Zeitung „Zeri i Popullit“, hatte sie auf allen Gebieten zu einer Annäherung und engen Zusammenarbeit mit der einheimischen Bourgeoisie geführt. Die sogenannten „Kommunistischen“ Parteien waren eifrigste Verteidiger der nationalistischen Interessen der eigenen Bourgeoisie auf der internationalen Arena, ihre getreuen Stützen bei der zwischenimperialistischen Rivalität, in erster Linie mit dem sowjetischen Imperialismus, geworden. Die Meinungsverschiedenheiten und Widersprüche mit Moskau waren infolge des diplomatischen Spiels der Kreml-Herren noch größer geworden, die die revisionistischen Parteien des Westens, die sich als unabhängig von der sowjetischen Politik darstellen wollten, immer häufiger in ziemliche Ungelegenheiten gebracht hatten.

Eine große Begeisterung für eine Konferenz, wie Moskau es wünschte, legten nicht einmal die revisionistischen Parteien des Ostens an den Tag, obwohl sie sich dem Anschein nach sehr beflissen gaben. Zu einer Zeit, da sie versuchen, aus jeder Gelegenheit zu profitieren und eine Lücke zu finden, um mit dem Westen zu flirten, bedeutete ein internationales „kommunistisches“ Forum unter Leitung der Sowjetunion ein stärkeres Anziehen der Schrauben, eine weitere Rechtfertigung, um die Unterwerfung zu verstärken und die Undisziplinierten zu verurteilen.

Unter diesen Bedingungen trat der revisionistische Areopag von Berlin zusammen. Die anfängliche Haltung der sowjetischen Führer, um eine verstärkte Zentralisierung und Unterwerfung der europäischen Revisionistenparteien auch durch eine einheitliche politische und ideologische Plattform und vertikale Organisationsformen, die im Kreml endeten, zu erreichen, ließ sich nicht verwirklichen. Sie gingen Holz fällen und kehrten mit Reisig zurück. Um eine skandalöse Niederlage ihrer Initiative zu vermeiden, willigten die Kreml-Herren ein, eine formale Propagandaversammlung abzuhalten, damit wenigstens der äußere Schein einer Einheit gewahrt blieb, die es inzwischen, weit davon entfernt, in der Realität zu existieren, nicht einmal auf dem Papier gibt.

Das Dokument von Berlin ist ein Dokument, das eine unwiderrufliche Spaltung bestätigt. Es ist eine Bekräftigung, daß auch in Zukunft jede revisionistische Partei entschlossen ist, auf dem Weg der eigenen Bourgeoisie zu gehen und den Kommunismus zu bekämpfen. Keine band sich zu einer gemeinsamen Politik oder Handlung. Auch dann, wenn aus Demagogie irgendjemand erklärte, er würde dafür kämpfen, was in dem Kommunique stehe, weiß jeder, daß es in der Praxis nicht geschehen wird. Nicht umsonst verkündete Berlinguer von der italienischen Revisionistenpartei, solche internationalen Dokumente seien nicht notwendig, und Marchais von der französischen Revisionistenpartei fügte hinzu, nicht einmal solche internationalen Konferenzen seien notwendig.

Das in Berlin unterzeichnete Kommunique ist wirklich originell in seiner Art. Darin sind die Ansichten und Linien jeder einzelnen teilnehmenden Partei aufgeführt und haben ihre Widerspiegelung gefunden. Neben der sozialimperialistischen Linie der Sowjetrevisionisten, neben ihren Forderungen nach Unterwerfung und Gehorsam gegenüber Moskau, stehen die Erklärungen der Revisionisten des Westens, die die Diktatur des Proletariats und die Revolution aufgeben und die Zusammenarbeit und Verschmelzung mit der Bourgeoisie suchen.

Dort wurden allerlei antimarxistische Programme der sogenannten „nationalen Sozialismen“ zusammengeschmiert. Dieses Dokument ist eine Bekräftigung und Billigung der internationalen Politik, die heute der Imperialismus, der Sozialimperialismus und der Weltkapitalismus betreiben. Es ist ein Versuch, den revisionistischen Verrat zu rechtfertigen, die vor der bürgerlichen Reaktion kapitulierende Politik der revisionistischen Opportunisten, ihre antisozialistische und antiproletarische Tätigkeit zu rechtfertigen.

Auf ihrer „europäisch“ genannten Konferenz, betont „Zeri i Popullit“ ferner, sprachen die Revisionistenchefs viel von Sicherheit in Europa, von Abrüstung, Demokratie und Faschismus auf unserem Kontinent. Was aber beschloß die Konferenz von Berlin dazu? Nichts!


PROLETARE TE TE GJITHA VENDEVE, BASHKOHUNI!
ZERI i POPULLIT
ORGAN I KOMITETIT QENDROR TE PPSH
E premte, 9 maj 1975 — Nr. 110 (8341)
Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens

Sie ließ kein tadelndes Wort über den US-Imperialismus verlauten, der den Völkern Westeuropas den Atem nimmt, der sich brutal in ihre inneren Angelegenheiten einmischt und der sie durch den Atomschirm, die NATO und den Dollar fest an die Politik und die Interessen der Monopole jenseits des Atlantik gebunden hält. Im Gegensatz zu den Interessen der europäischen Völker versuchten Berlinguer und Co. ihre Vereinigung mit der NATO zu rechtfertigen und den Menschen weiszumachen, der aggressive Atlantikpakt sei schier zum Verteidiger des Kommunismus geworden.

Andererseits ließen es auch diejenigen, die sich als Kämpfer für die Unabhängigkeit von Moskau ausgeben, nicht an Lobhudeleien für die sowjetische Politik von Helsinki fehlen, als ob es nicht gerade diese Politik wäre, die die Länder Osteuropas ausbeutet und unterdrückt, die den Balkan bedroht und Europa gefährdet, die sich im Nahen Osten einmischt und das Mittelmeer mit Kanonenbooten übersät hat.

Die revisionistischen Parteien in Berlin handelten so, wie es ihnen ihr Verräterbewußtsein eingab: im Gegensatz zur Revolution und im Interesse der Bourgeoisie, im Gegensatz zur Freiheit und Unabhängigkeit der Völker und im Interesse der Supermächte. Sie machten sich zu Marktschreiern, um die Konterrevolution als Revolution, die Expansion und das Vormachtstreben der Supermächte als Sicherheit und ihre Kriegsvorbereitungen als Bemühungen, den Frieden zu festigen, zu verkaufen. Mit ihrem Geschwätz über Sicherheit und friedliche Koexistenz, über Abrüstung und Zusammenarbeit wollten sie die Massen inaktiv machen und entwaffnen, sie vom revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie und die Supermächte abbringen.

Auf der Konferenz von Berlin redeten die Revisionisten auch über die Krisen. Das ist heute Mode, und jeder versuchte, Rezepte für ihre „demokratische Lösung“ zu liefern. Die heutige Krise jedoch betrachteten diese „großen Verteidiger der Werktätigen“, wie sie sich selbst hinstellen, als eine Naturkatastrophe und nicht als eine durch die bürgerliche Ausbeutung verursachte gesellschaftliche Erscheinung, als unvermeidliche Ausgeburt des kapitalistischen Systems. Mit ihrer Haltung gegenüber der Krise entlarvten sie erneut ihre konterrevolutionären Ziele. Ihr Ziel ist, die Werktätigen in Schlaf zu wiegen, damit sie sich nicht gegen das Kapital auflehnen, sondern unterdrückt in der kapitalistischen Sklaverei leben. Über die Krise in den revisionistischen Ländern, wie auch die letzten Ereignisse in Polen bewiesen, wie die ständigen Preiserhöhungen in Jugoslawien und Ungarn, die Inflation in der Sowjetunion sowie die Arbeitslosigkeit überall beweisen, schwiegen die Vertreter dieser Länder in Berlin sich aus. Das ist verständlich. Denn sonst hätten sie öffentlich ihren in Wirklichkeit erlittenen Schiffbruch zugeben müssen.

Die heutige Krise jedoch reißt den Revisionisten täglich mehr die Maske herunter. Je mehr sie sich vertieft und verschärft, desto mehr wird offenbar, daß die modernen Revisionisten darauf hin arbeiten, den alten und neuen Kapitalismus vor Erschütterungen zu bewahren, daß sie Feuerlöscher der Revolution sind. Der moderne Revisionismus stellt sich immer mehr in den Dienst der Großbourgeoisie, so wie es die übrigen sozialistischen, sozialdemokratischen und anderen bürgerlichen Parteien getan haben.

In der Geschichte des Verrats des modernen Revisionismus am Marxismus-Leninismus wird an der Konferenz von Berlin der schlechte Ruf als Versammlung haften bleiben, wo offiziell der proletarische Internationalismus aufgegeben wurde, in dem einige ihn „freiwillige kameradschaftliche Solidarität“, einige andere „gegenseitige Solidarität“ usw. nannten. Aber auch diese „Solidarität“, die die Revisionisten als letzten Schrei des schöpferischen Marxismus ausposaunten, als einzige, höchste und reinste Form, die korrekte Beziehungen zwischen den verschiedenen revisionistischen Parteien garantiere, faßt jeder seinen eigenen Interessen gemäß auf und legt sie dementsprechend aus. Breschnew will sie, um seine Hegemoniepolitik zu unterstützen, Berlinguer, Marchais, Carillo und andere, um mit der Bourgeoisie und den bürgerlichen Staaten solidarisch zu sein, irgendein anderer, um gleichzeitig mit dem Imperialismus und dem Sozialimperialismus solidarisch zu sein, keiner aber fordert Solidarität für die Revolution und den Befreiungskampf der Völker.

Wie aber auch diese Auffassungen und Auslegungen sein mögen, mit proletarischem Internationalismus haben sie nicht das geringste gemein, sie sind Varianten des bürgerlichen Nationalismus. Der wahre proletarische Internationalismus ist weder mit dem bürgerlichen Nationalismus noch mit dem Sozialchauvinismus aussöhnbar. Er ist nur die Ideologie des Proletariats, die seine internationale Klasseneinheit im Kampf für den Sturz des Kapitalismus, für den Aufbau des Sozialismus und für die Unabhängigkeit und Befreiung der Völker vertritt.

Die Fragen, die auf der Konferenz von Berlin diskutiert wurden und auftauchten, hatten mit dem Marxismus-Leninismus und mit der Revolution nichts gemeinsam. Es war die Konferenz, die den revisionistischen Verrat amtlich besiegelte. Den revisionistischen Renegaten ist heute nur der Name „Kommunist“ geblieben, den sie demagogisch dazu benutzen, ihre antikommunistische Tätigkeit zu tarnen, um die Mitglieder ihrer Parteien und die werktätigen Massen hinters Licht zu führen. Sie sind keine Marxisten-Leninisten, sondern Konterrevolutionäre, Verräter am Kommunismus.

Die Sowjetrevisionisten waren zu der Konferenz gekommen, um die Positionen des großrussischen Chauvinismus, des Hegemonismus und der imperialistischen Expansion zu verteidigen. Die revisionistischen Parteien des Westens waren dorthin gekommen, um den Sowjetrevisionisten zu zeigen, daß sie sich aus ihrer Vormundschaft gelöst haben, und um bei dem Paktieren mit der eigenen Bourgeoisie freie Hand zu haben, ihr politisches Kapital als Parteien des Klassenkompromisses und der Klassenzusammenarbeit nicht einzubüßen und irgendeinen Sitz in den bürgerlichen Regierungen zu ergattern. Alle zusammen aber waren sie dorthin gekommen, um den Marxismus-Leninismus und die Revolution zu unterhöhlen, den Befreiungskampf der Völker zu sabotieren und die aufrechten marxistisch-leninistischen Parteien, die Verteidiger der hohen revolutionären Ideale des Proletariats und des wahren Sozialismus zu bekämpfen. Auf diesem Gebiet fanden sie, wie die Berliner Konferenz zeigte, auch eine gemeinsame Sprache.

Die Partei der Arbeit Albaniens, die die konterrevolutionären Ziele dieser Konferenz aufzeigte, verurteilte sie scharf und sah voraus, daß es sich um einen weiteren großen Akt des revisionistischen Verrats handeln würde. „Die Parteien, die an dieser Konferenz teilnehmen werden“, erklärte Genosse Enver Hoxha bereits im Oktober 1974, „beweisen damit, daß sie sich auf dem Weg des Verrats befinden. Sie werden die Komplizen der Missetaten und der konterrevolutionären Handlungen der sowjetrevisionistischen Führer werden. Aber“, so unterstrich Genosse Enver Hoxha, „ein derartiges Verschwörertreffen wird andererseits auch einen Erfolg bringen, denn die Völker und Kommunisten der Welt werden bei dieser Gelegenheit das wahre Gesicht dieser Parteien abermals zu sehen bekommen.“

Jetzt können die Revisionisten das Lob einsammeln gehen, das ihnen Bourgeoisie und Reaktion spenden, da in Berlin keiner über die proletarische Revolution und über Kommunismus sprach, da keiner etwas über die revolutionäre Mission der Arbeiterklasse für den Sturz der Bourgeoisie sagte und keiner den Leninismus überhaupt erwähnte. Sie spenden ihnen Lob, weil sie sich so bereit und aufrichtig zeigten, mit der Bourgeoisie zusammenzuarbeiten und ihre Gesellschaftsordnung zu hüten.

Aber, heißt es abschließend in dem Artikel von „Zeri i Popullit“, gleichzeitig haben auch das Proletariat und die werktätigen Massen auf der ganzen Welt die Möglichkeit, noch besser zu sehen und zu erkennen, daß der moderne Revisionismus stets die größte Gefahr für die Sache des Kommunismus darstellt. Dies wird für alle Revolutionäre, für all diejenigen, die für die Sozialismus und die Völkerfreiheit kämpfen, ein Ansporn sein, um die Ideologie und die Komplotte der Revisionisten mit den sowjetischen an der Spitze noch entschlossener zu entlarven, um unermüdlich für ihre endgültige Zerschlagung zu arbeiten und zu kämpfen.

55. Jahrestag der Gründung der KP Chinas

Die Partei im Kampf aufbauen

Anläßlich des 55. Jahrestages der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas veröffentlichten die chinesischen Zeitungen „Renmin Ribao", „Hongqi" und „Jiefangjun Bao" am 1. Juli einen Artikel, den wir im Folgenden abdrucken. In dem Artikel heißt es:

Heute, da wir im Kampf gegen den Wind von rechts zur Aufhebung gefällter richtiger Urteile, große Siege errungen haben, feiern wir voller Freude den 55. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas.

Unter der Leitung des Vorsitzenden Mao, unseres großen Führers, hat unsere Partei ein Volk, das Hunderte Millionen Menschen zählt, zu Siegen in der neudemokratischen Revolution, dann in der sozialistischen Revolution und beim Aufbau des Sozialismus geführt. Während der Großen Proletarischen Kulturrevolution haben wir die Verschwörungen von Liu Schao-tschi, Lin Biao und Deng Hsiao-ping, die versuchten, die Diktatur des Proletariats zu stürzen und den Kapitalismus zu restaurieren, vereitelt und ihre konterrevolutionäre revisionistische Linie kritisiert. Unsere Partei ist daraus noch geschlossener, noch energischer und von noch grösserer Kampfkraft erfüllt hervorgegangen. Und sie führt heute die Volksmassen der verschiedenen Nationalitäten Chinas bei ihrem weiteren Voranschreiten zum Sozialismus.

Wir haben große Siege errungen. Doch die Aufgaben, die uns noch erwarten, sind schwierig. Unsere Partei ist der Vorhut des Proletariats. Das grundlegende Programm unserer Partei besteht darin, die Bourgeoisie und alle anderen Ausbeuterklassen endgültig zu stürzen, die Diktatur des Proletariats an die Stelle der Diktatur der Bourgeoisie zu setzen, den Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus zu sichern und schließlich den Kommunismus zu verwirklichen. Um dieses Programm zu erfüllen, muß unsere Partei noch einen langwierigen Kampf führen. Wir müssen uns das grundlegende Programm der Partei genau einprägen, an ihrer grundlegenden Linie festhalten und dürfen niemals ihr Endziel aus den Augen verlieren. Erst dann können wir die Frage des Parteiaufbaus unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats erfolgreich lösen.

In der Periode des Sozialismus ist es außerordentlich wichtig, in Theorie und Praxis richtig zu begreifen, daß die Bourgeoisie **„in der kommunistischen Partei existiert"**.

Im Kampf gegen den Wind von rechts zur Aufhebung gefällter richtiger Urteile hat Vorsitzender Mao dieses Problem tiefgehend analysiert und so den Marxismus-Leninismus weiterentwickelt.

1964 stellte Vorsitzender Mao in einer Randnotiz zu einem Dokument über die sozialistische Erziehungsbewegung fest: **„Die Bürokratenklasse und die Arbeiterklasse samt den armen Bauern und den unteren Mittelbauern andererseits sind zwei in krassen Gegensatz zueinander stehende Klassen."**

Und er wies weiter darauf hin: **„Die Verwaltung selbst ist eine Angelegenheit der sozialistischen Erziehung. Wenn die in der Verwaltung Tätigen nicht unter die Arbeiter, in die Werkshallen gehen, mit ihnen zusammen arbeiten, studieren und leben, nicht bei ihnen in die Lehre gehen, die Arbeits- und andere Fähigkeiten erlernen, dann werden sie sich Zeit ihres Lebens in einem Zustand des scharfen Klassenkampfes mit der Arbeiterklasse befinden und letzten Endes als Bourgeoisie von der Arbeiterklasse gestürzt werden. Wenn sie nicht diese Technik erlernen und immer Außenstehende bleiben, werden sie auch die Verwaltungsarbeit nicht gut durchführen können. Wer selbst wirre Gedanken hat, kann andere nicht aufklären."**

Vorsitzender Mao bemerkte weiter:

„Diese den kapitalistischen Weg gehenden Leute würden oder werden bürgerliche Elemente, die den Arbeitern das Blut aussaugen. Wie können sie denn auch die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution richtig begreifen. Diese Leute sind Angriffsobjekte des Kampfes, Angriffsobjekte der Revolution. In der sozialistischen Erziehungsbewegung können wir uns niemals auf sie verlassen. Wir können uns nur auf jene Kader stützen, die keinen Haß gegen die Arbeiter hegen und vom revolutionären Geist erfüllt sind."

In dieser Weisung, wie in anderen Weisungen während der Großen Proletarischen Kulturrevolution, besonders seit Beginn des Kampfes gegen den Wind von rechts, hat Vorsitzender Mao den Klassencharakter der Machthaber, die in der Partei den kapitalistischen Weg gehen wie Liu Schao-tschi, Lin Biao und Deng Hsiao-ping, in hellem Licht gezeichnet. Er hat die charakteristischen Eigenschaften und den Ursprung der Bourgeoisie in der Partei analysiert und die Methoden gezeigt, mit denen sie besiegt werden können. Diese Weisungen sind von großer aktueller Bedeutung und von großer historischer Tragweite bei der Fortsetzung der Revolution unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats. Alle Genossen der Partei und insbesondere die führenden Kader müssen sie gewissenhaft studieren, sich tief einprägen und sich dadurch gründlich erziehen lassen. In der sozialistischen Gesellschaft, wo es noch Klassen gibt, noch Klassenwidersprüche und Klassenkampf, kann man die Beziehungen zwischen den Menschen im wesentlichen auf Klassenbeziehungen zurückführen. Wir müssen erkennen, daß die Bourgeoisie innerhalb der Partei existiert, und uns im Klaren darüber sein, daß die Machthaber auf dem kapitalistischen Weg die Hauptkräfte sind, die der Partei schaden und die Diktatur des Proletariats stürzen wollen. Nur wenn wir die Revolution gegen diese Bourgeoisie ununterbrochen fortführen, wird unsere Partei die Vorhut des Proletariats bleiben. Nur so wird unsere Partei das Proletariat und die revolutionären Massen dabei anleiten können die Revolution und den sozialistischen Aufbau in unserem Land zu einem guten Ende zu führen und, in einem gemeinsamen Kampf mit den anderen revolutionären Völkern der Welt, den Kampf gegen Imperialismus, Revisionismus und Reaktion für die Befreiung der ganzen Menschheit bis zu Ende zu führen.

Die Kommunistische Partei Chinas ist eine große ruhmreiche und korrekte Partei, eine Partei, die mit dem Marxismus, dem Leninismus und den Mao-Tsetung-Ideen gewappnet ist. Repräsentiert durch den großen Führer unserer Partei, Genossen Mao Tsetung, strebt die überwältigende Mehrheit der Kommunisten und Kader danach, dem Volk mit ganzem Herzen zu dienen. Sie sind eng mit den Arbeitern, Bauern und Soldaten verbunden und bekämpfen entschlossen die Bourgeoisie. An vorderster Front in den drei großen revolutionären Bewegungen (dem Klassenkampf, dem Produktionskampf und dem wissenschaftlichen Experiment) haben viele bemerkenswerte Kämpfer eine beispielhafte Führungsrolle eingenommen und führen die Massen in diesen mächtigen Kämpfen.

Dennoch ist die Bourgeoisie tatsächlich innerhalb der Partei vertreten. Wie Vorsitzender Mao betont hat, gibt es in der Partei Mitglieder, die schon entartet sind, andere die entarten und wieder andere, die entarten werden, wenn sie sich nicht in acht nehmen. Was diejenigen betrifft, die den Irrtümern der Machthaber, die den kapitalistischen Weg gingen, gefolgt sind, haben die meisten von ihnen dank der entschlossenen Hilfe der Partei und der Massen während der Kulturrevolution ihre Fehler eingesehen, die Lehren daraus gezogen und sind auf dem Weg der Revolution weitergeschritten. Auf der anderen Seite gibt es solche Leute wie Deng Hsiao-ping, die auf ihren Fehlern beharren und zu Verfechtern des kapitalistischen Weges werden.

Unsere Genossen müssen die Lehren des Vorsitzenden Mao fest im Kopf behalten und die Revolution unter der Diktatur des Proletariats konsequent weiterführen. Sie müssen sich eng mit den Massen verbinden, aktiv an der kollektiven Produktionsarbeit teilnehmen, mit Begeisterung die neue, sozialistische Wirklichkeit unterstützen und der Sache des Sozialismus in allen Bereichen zu einem neuen Aufschwung verhelfen. Sie müssen daran festhalten, im Kampf zu beharren, der bürgerlichen Korruption zu widerstehen und ohne Schwäche das bürgerliche Recht einzuschränken. Sie müssen den Marxismus, den Leninismus und die Mao-Tsetung-Ideen gewissenhaft im Kampf studieren, ihre Weltanschauung umändern und sich bemühen, auch in ideologischer Hinsicht voll und ganz zur Partei zu stehen.

Heute müssen wir das Feuer der Kritik auf Deng Hsiao-ping konzentrieren und den Kampf gegen den Wind von rechts vertiefen. Das wesentliche politische Merkmal der Machthaber auf dem kapitalistischen Weg ist, daß sie einer revisionistischen Linie folgen. Das wichtigste Problem in unserem Kampf gegen sie ist die Frage, welcher Linie man folgen muß, und der marxistischen Linie den Sieg über ihre konterrevolutionäre revisionistische Linie zu sichern. Die Mitglieder der Partei und vor allem die führenden Kader müssen eine entschlossene Haltung einnehmen, unzweideutig ihre Meinung sagen, sich im Kampf bewähren und in der vordersten Front des Kampfes stehen. Sie müssen in der Praxis des Klassenkampfes und des Kampfes zweier Linien an allen Fronten die Massen aktiv im Kampf gegen die revisionistische Linie Deng Hsiao-pings führen. Gegenüber jenen Genossen, die Fehler begangen haben muß man das Prinzip anwenden: **„aus früheren Fehlern lernen, um künftige zu vermeiden, und die Krankheit bekämpfen, um den Patienten zu retten."** Die Parteiorganisationen auf allen Ebenen müssen sich bemühen, im Lauf des Kampfes die Partei ideologisch und organisatorisch aufzubauen.

Unsere Partei wird vom Zentralkomitee mit Vorsitzendem Mao, unserem großen Führer, an der Spitze geführt und von seiner revolutionären proletarischen Linie geleitet. Die breite Masse ihrer Mitglieder ist entschlossen, die Revolution fortzusetzen und kämpft gegen jedes Zurückweichen und jede Restauration. Sie ist würdig, den Namen eines führenden Kerns des ganzen chinesischen Volkes zu tragen, würdig des Namens eines Stützpfeilers des Sozialismus. Die Tatsache, daß wir es wagen, die Bourgeoisie im Inneren der Partei zu entlarven, zeigt, daß die Partei stark ist, daß sie zuversichtlich und in der Lage ist, den Sieg über die Bourgeoisie im Inneren der Partei davonzutragen und schließlich auch die ganze Bourgeoisie endgültig zu schlagen.

Die Tatsache, daß in den Reihen der Partei Machthaber aufgetreten sind, die den kapitalistischen Weg gehen, kann das leuchtende Bild unserer Partei nicht trüben. Hat etwa das Auftauchen von Liu Schao-tschi und seiner Bande das Kuenlun-Gebirge gestürzt? Hat vielleicht das Auftauchen der parteifeindlichen Clique um Lin Biao den Berg Luchan dem Erdboden gleichgemacht? Und erscheint uns der Tien An Men Platz heute nicht noch schöner und majestätischer, nach Deng Hsiao-Ping und nach den Unruhen, die eine handvoll Konterrevolutionäre auf dem Tien An Men angestiftet haben, und der Niederschlagung ihres Komplotts?

Die historische Entwicklung hat wiederholt bewiesen, daß es nicht leicht ist, eine Partei wie die unsere zu zerstören. Es ist genau so, wie Vorsitzender Mao ausdrücklich festgestellt hat:

„Unsere Partei hat eine lichte Zukunft!"



Genosse Mao Tsetung, der große Führer des chinesischen Volkes, während einer Kundgebung in Peking.

Ehre dem Andenken des Genossen Tschu Teh!

Beileidsadresse des ZK der KPD/ML

An
Genossen Mao Tsetung
Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas

An den
Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses

An den
Staatsrat der Volksrepublik China

Zum Tode des Genossen Tschu Teh sprechen wir der Kommunistischen Partei Chinas, der chinesischen Staatsführung und dem chinesischen Volk unser tiefempfundenes Beileid aus.

Der Tod des Genossen Tschuh Teh bedeutet einen schmerzlichen Verlust für die Kommunistische Partei Chinas, den chinesischen Staat und das chinesische Volk, wie für die Kommunisten, das Proletariat und die kämpfenden Völker auf der ganzen Welt.

Genosse Tschu Teh hat sein langes, kampferfülltes Leben vorbehaltlos in den Dienst der proletarischen Revolution und des Kommunismus gestellt. Seit seinem Eintritt in die Kommunistische Partei Chinas, fast ein halbes Jahrhundert lang, blieb er dem Marxismus-Leninismus unerschütterlich treu und hielt gegenüber allen „linken"- und rechtsopportunistischen Ansichten an der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao Tsetung unbeirrt fest.

Als Oberbefehlshaber der Roten Armee in den revolutionären Kriegen des chinesischen Volkes um seine Freiheit trug er durch seine kluge weitsichtige Führung auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus und durch seinen revolutionären Mut zum Ruhm der revolutionären chinesischen Volksstreitkräfte bei, der weit über die Grenzen Chinas drang und die Herzen der um ihre Befreiung kämpfenden Proletarier in der ganzen Welt begeisterte.

In seiner jahrzehntelangen Tätigkeit in der Führung der Kommunistischen Partei Chinas und bei der Leitung des chinesischen Staates, im Kampf für den Aufbau eines neuen sozialistischen China, in der Großen Proletarischen Kulturrevolution und beim Kampf für die Weiterführung der sozialistischen Revolution und die Festigung der Diktatur des Proletariats, gegen die den kapitalistischen Weg gehenden Machthaber vom Schlage Liu Schao-tschis, Lin Biaos und Deng Hsiao-pings, erwarb sich Genosse Tschu Teh ebenfalls zahlreiche große Verdienste.

Genosse Tschu Teh erreichte ein hohes Alter. Doch bis in die letzten Tage führte er ein einfaches, bescheidenes und hartes Leben, fürchtete weder Opfer und Mühen noch Krankheit, um dem Volk zu dienen.

Das deutsche Volk, in dessen Land Genosse Tschu Teh einst, vor vielen Jahrzehnten zum Studium weilte und in dem er der Kommunistischen Partei Chinas beitrat, teilt mit seinem chinesischen Brudervolk die tiefe Liebe und Achtung gegenüber Genossen Tschu Teh wie den Schmerz über sein Ableben.

In den Herzen der deutschen Arbeiterklasse und der Kämpfer ihrer Kommunistischen Partei wird Genosse Tschu Teh weiterleben wie in Euren Herzen, als ein vorbildlicher Kommunist, dessen Leben und Beispiel uns ein Ansporn in unserem Kampf für die sozialistische Revolution und die nationale Befreiung unseres Volkes, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland bleiben wird.

Ehre dem Andenken des Genossen Tschu Teh!

Es lebe die Kommunistische Partei Chinas!

Es lebe die Volksrepublik China!

Zentralkomitee der KPD/ML

gez. Ernst Aust, Vorsitzender

Aus aller Welt

NORDIRLAND

Die britischen Besatzertruppen und einheimischen Reaktionäre verstärken ihren Terror gegen das Volk. In den letzten Wochen haben reaktionäre Gruppen zahlreiche Verbrechen gegen das Volk verübt. So eröffneten sie das Feuer auf eine Menschenmenge an einer Bushaltestelle in Belfast und verwundeten drei Menschen, kurz darauf schossen sie ein zehnjähriges Kind an, am 24. Juni warfen sie eine Bombe in eine Gaststätte und verletzten dabei 30 Menschen. Währenddessen verschärfen die Besatzertruppen ihre Kontrollen und führen viele Hausdurchsuchungen durch. Allein in Belfast verhafteten sie während einer solchen Razzia 13 Menschen.

Gegen diesen Terror verstärken die irischen Patrioten den Kampf. Sie zerstörten einen britischen Militärposten und warfen Bomben in die Garage britischer Militärfahrzeuge. Bei Aktionen der Patrioten im Zentrum von Belfast brach unter den Besatzern eine Panik aus. Ein ehemaliger Beamter der reaktionären Polizei, der mit den Briten kollaboriert hatte, wurde von den Revolutionären hingerichtet.

SÜDAFRIKA

Während die Völker von Azania, Namibia und Simbabwe ihren Kampf gegen die reaktionären Rassistenregime verstärken, erhalten sie immer breitere Solidarität von den Völkern und Ländern ganz Afrikas. Der Präsident der Nationalversammlung von Kamerun versicherte den Patrioten in Südafrika die volle Unterstützung seines Volkes und forderte sie auf, den Kampf fortzusetzen. Auch das Außenministerium von Guayana verurteilte die Verbrechen der südafrikanischen Faschisten. Auf einer Kundgebung in Mosambik verurteilte Präsident Machel das rassistische Regime in Südafrika und warnte es vor einer Aggression gegen Mosambik.

ITALIEN

Die italienischen Werktätigen beantworten die verschärfte Ausplünderung mit verstärktem Kampf. Ende Juni traten 1,5 Millionen Landarbeiter in einen 24stündigen Streik. Etwa 800 000 Beschäftigte des Handels legten die Arbeit nieder. Durch den Streik der Piloten der Zivilluftfahrt fielen zahlreiche Flüge aus. Die italienischen Werktätigen fordern den Abschluß neuer, besserer Arbeitsverträge.

GRÖNLAND

Ende Juni drangen 80 sowjetische Fischkutter in die Territorialgewässer Grönlands ein und raubten an den Küsten große Fischmengen. Gegen diese Piraterie hat sich das Volk zutiefst empört. Das grönländische Volk fordert die Verkündung der 200-Seemeilen-Wirtschaftszone, um seine Gewässer besser gegen die Überfälle des Sozialimperialismus schützen zu können.

PUERTO RICO

Zur gleichen Zeit, als US-Präsident Ford die Eröffnungsrede bei der Tagung der Staatschefs der acht Industrieländer in Puerto Rico vorlas, demonstrierten in der Stadt etwa 15 000 Menschen gegen diese Konferenz. Sie trugen Losungen wie „Yankees raus", „Nieder mit dem US-Imperialismus" und forderten den Abzug der US-Imperialisten und die vollständige Unabhängigkeit des Landes.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA
Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA

PALÄSTINA

Am 26. Juni sprengten Einheiten der Befreiungskräfte eine Rüstungsfabrik in Kishon in die Luft, wobei zahlreiche feindliche Wachen verwundet und getötet wurden. Kurz darauf explodierten zwei Bomben in einem Verwaltungsgebäude in Tel Aviv. In Jaffa griffen palästinensische Partisanen ein Spionagezentrum der Israelis an, verwundeten mehrere Soldaten und zerstörten feindliches Kriegsmaterial. Auch die Massendemonstration in Nablus wurde von der Bevölkerung fortgesetzt. Gegen diese Kämpfe gehen die Zionisten mit großem Terror vor. In den letzten Tagen führten sie auf dem westlichen Jordanufer eine große Hausdurchsuchungs- und Verhaftungskampagne durch. Zahlreiche arabische Familien werden hier zur Aussiedlung gezwungen um Platz für zionistische Ansiedler zu schaffen.

Schah-Regime ermordet 15 Revolutionäre

In den letzten Junitagen haben die Geheimdienstagenten 15 Freiheitskämpfer auf offener Straße überfallen und erschossen. Damit erhöht sich die Zahl derer, die seit Anfang des Jahres von den Schahfaschisten ermordet wurden, auf weit über 100.

Allein am 1. Mai ermordeten Polizei und Armee 54 Arbeiter der „Teheraner Textilwerke" und verhafteten über 200 Werktätige, die nach einem längeren Streik für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen eine große Demonstration zum Internationalen Kampftag der Arbeiterklasse organisiert hatten. Seither wurden mindestens 40 Arbeiter, Studenten und andere Intellektuelle ermordet, von denen sich die meisten in kleinen, revolutionären Gruppen im Kampf gegen das Regime organisiert hatten.

Die Tatsache, daß im Iran heute Revolutionäre, Patrioten und Antifaschisten auf der Straße, in ihren Wohnungen, in aller Öffentlichkeit überfallen und niedergeschossen werden, zeigt, daß das Schahregime den Terror gegen das Volk in ungeheurer Weise verschärft hat. Gleichzeitig aber ist es auch ein Ausdruck der Schwäche und der Angst der iranischen Faschisten vor den ständig wachsenden Kämpfen der Volksmassen einerseits und der großen Empörung der Werktätigen in aller Welt, die ihrer Solidarität mit den iranischen Völkern in Demonstrationen und anderen Aktionen Ausdruck gaben. So hat die Hinrichtung von 10 Freiheitskämpfern Anfang des Jahres Proteste in aller Welt hervorgerufen.

Einen festen Verbündeten haben die Schahfaschisten allerdings in den westdeutschen Imperialisten. Erst vor wenigen Tagen schlossen beide einen Vertrag über den Bau von zwei Kernkraftwerken im Iran, der nicht nur den Imperialisten in unserem Land große Profite bringt, sondern auch von wichtiger militärischer Bedeutung ist für die Regierung in Bonn und das iranische Regime.

VANGUARDIA OBRERA SEMANAL
Spanien

PROLETÁRIOS DE TODOS OS PAÍSES, POVOS E NAÇÕES OPRIMIDAS: UNI-VOS!
BANDEIRA VERMELHA
ÓRGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUÍDO)
Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien
PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!
nuova unità

Türkei


200 Jahre USA

Millionen leben in Armut und Not

Am 4. Juli sind die USA zweihundert Jahre alt geworden. Die imperialistische Lügenpropaganda preist uns die USA als „Sinnbild der Freiheit und Demokratie". Aber hinter der von den amerikanischen Imperialisten organisierten glänzenden Fassade der Feiern und Paraden, verbirgt sich die Armut und die Not von Millionen von Werktätigen, die ständig an der Grenze des Elends zu leben gezwungen sind, verbirgt sich die kapitalistische Ausbeutung der breiten Massen der amerikanischen Werktätigen durch eine Handvoll Milliardäre. Die amerikanische „Demokratie" von der die Imperialisten schwärmen, ist in Wirklichkeit nichts anderes als die Diktatur eben dieser Handvoll von Ausbeutern über Millionen von Ausgebeuteten.

Vor zweihundert Jahren führte das amerikanische Volk einen gerechten, revolutionären Krieg gegen seine Unterdrücker, die britischen Kolonialisten. Aber dieser Krieg stand unter der Führung der Bourgeoisie und die breiten Massen des Volkes, die die Hauptlast dieses Krieges auf ihren Schultern getragen hatten, gerieten von der feudalen Versklavung durch die britischen Kolonialisten in die kapitalistische Lohnsklaverei unter einer Handvoll von Milliardären. Für die amerikanische Arbeiterklasse, die Werktätigen in Stadt und Land, für die Afroamerikaner und anderen nationalen Minderheiten, hat es „Freiheit und Gerechtigkeit für alle", wie sie die amerikanische Verfassung verspricht, niemals gegeben. Davon zeugen nicht nur die im Kugelhagel der kapitalistischen Polizei 1886 in Chicago ermordeten Arbeiter, die für die Einführung des 8-Stundentages kämpften; davon zeugt nicht nur die rücksichtslose Ausrottung der Indianer im Interesse der Bankmagnaten und Stahlkapitalisten der amerikanischen Ostküste; davon zeugt nicht nur die Entrechtung und rassistische Unterdrückung der Afroamerikaner — davon zeugen auch die Lebensverhältnisse der amerikanischen Werktätigen heute.

Um aus der tiefen und allseitigen Krise herauszukommen, in der die amerikanische kapitalistische Gesellschaft steckt, hat die amerikanische Monopolbourgeoisie die Ausbeutung und Ausplünderung der amerikanischen Werktätigen und ihre faschistische Unterdrückung verschärft. Millionen von amerikanischen Werktätigen leben im Elend, während sich die gesamten Reichtümer der Gesellschaft in den Händen einiger hundert Familien konzentrieren. Die Rockefeller, DuPont, Mellon, Kennedy usw. beherrschen nicht nur die Wirtschaft des Landes, sie dirigieren auch die gesamte amerikanische Innen- und Außenpolitik. Sie sind die wahren Herren des Landes. Es ist bezeichnend, daß die amerikanischen kapitalistischen Monopole in den ersten drei Monaten dieses Jahres ihre Profite auf noch nie dagewesene Höhen steigern konnten. So steigerte allein „General Motors" seine Profite um 1 200%. Zur gleichen Zeit stieg aber die Arbeitslosigkeit auf die Zahl von 9,5 Millionen Menschen. Am stärksten betroffen davon sind die jugendlichen Afroamerikaner, unter denen die Arbeitslosenquote 40% beträgt.

Währenddessen verteuern sich die Preise für Lebensmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs ständig. Allein in den fünf Jahren von 1970 bis 1975 stiegen die Lebenshaltungskosten in den USA, offiziellen Angaben zufolge, um 42,4%. Gegenwärtig beträgt die Inflationsrate 7,3%. Schon jetzt leben 1/10 der amerikanischen werktätigen Bevölkerung unter dem offiziellen Existenzminimum. Nicht genug damit, hat die amerikanische Monopolbourgeoisie gerade in der letzten Zeit die Sozialausgaben des Staatshaushaltes und der Haushalte der Städte und Gemeinden drastisch gekürzt. Durch ein Veto im amerikanischen Parlament verweigerte der amerikanische Präsident Ford z.B. die Zahlung von 125 Millionen Dollar Zuschuß für die Kindertagesstätten. Von den 5,8 Mrd. Dollar, die im Staatshaushalt jährlich für die Ausgabe von Essensmarken der Wohlfahrt (immerhin 19 Millionen Amerikaner sind auf solche Essensmarken angewiesen) werden 1,2 Mrd. gestrichen. Um die Finanzkrise der Städte und Gemeinden auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen, werden Lehrer, Sozialarbeiter und andere städtische Angestellte zu tausenden entlassen. Anderen wiederum wird der Lohn gekürzt bzw. sie erhalten unter Hinweis auf ihre „patriotischen Pflichten" monatelang überhaupt keinen Lohn.

Besonders groß ist die Wohnungsnot. Einer offiziellen Statistik zufolge gibt es in den USA 70 Millionen Häuser, in denen die Wohnverhältnisse eigentlich unzumutbar sind. In den amerikanischen Großstädten wie New York, Chicago, Detroit usw. findet man auf der einen Seite die Dutzende Stockwerke hohen Paläste und Wolkenkratzer des Finanzkapitals und auf der anderen Seite die Baracken und Hütten aus Blech, Holz und Pappe für die Armen. In Harlem, dem Wohnviertel der Afroamerikaner in New York herrschen geradezu unglaubliche Zustände. Dort sind viele Häuser in einem derart verkommenen Zustand, daß „die Ratten fetter sind, als die Katzen", wie es in einem Bericht von Radio Tirana heißt. In den Fluren dieser Häuser türmen sich Müll und Unrat und es gibt kein elektrisches Licht.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der amerikanischen Arbeiterklasse haben sich in den vergangenen Jahren ständig verschlechtert. Im Zusammenspiel mit den gekauften Führern der Gewerkschaften, gelang es den Monopolkapitalisten in den wichtigsten Industriezweigen, Lohnraubabschlüsse durchzusetzen. Dies wurde noch dadurch unterstützt, daß dieselben Gewerkschaftsführer mit dem damaligen amerikanischen Präsidenten Nixon einen Lohnstoppakt schlossen.

Rassistische Unterdrückung der nationalen Minderheiten

Einer besonderen rassistischen Ausbeutung und Unterdrückung sind die Afroamerikaner unterworfen. Ihre Sklavenarbeit war zur Zeit der Gründung der USA die erste und vorrangige Quelle riesiger Extraprofite der amerikanischen Bourgeoisie. Sogar heute noch existieren in den Südstaaten der USA bestimmte Formen der Sklavenarbeit. So wurde erst vor einigen Monaten aufgedeckt, daß die Landarbeiter der nationalen Minderheiten in Florida gezwungen werden, Arbeitsverträge abzuschließen, die sie praktisch zu Leibeigenen der Großgrundbesitzer machen. Das System funktioniert so: Die Landarbeiter werden gezwungen, in Camps zu leben. Die Miete und die Verpflegung halten die Großgrundbesitzer gleich vom Lohn ab. Aber diese Löhne sind so niedrig, daß sie bei weitem nicht an die Ausgaben für Miete und das Essen heranreichen. Je länger also die Landarbeiter für ihre Ausbeuter arbeiten, desto mehr schulden sie ihnen, desto größer wird ihre Abhängigkeit. Sie kommen von diesen Arbeitsverträgen nur wieder los durch die Anspannung aller ihrer Kräfte und indem sie praktisch Tag und Nacht auf den Feldern für die Kapitalisten schuften.

Unter den Afroamerikanern ist die Arbeitslosigkeit am höchsten. In den Betrieben erhalten sie die schwerste, ungesundeste und gefährlichste Arbeit bei den niedrigsten Löhnen. Um die Arbeiterklasse zu spalten, organisiert die Monopolbourgeoisie die schlimmste rassistische Hetze. Faschistische Banden, die mit der Polizei zusammenarbeiten, operieren in aller Öffentlichkeit. Mordanschläge und terroristische Überfälle auf die Afroamerikaner sind an der Tagesordnung.

Demokratie für die Reichen . . .

So sieht also das Leben der Werktätigen im angeblich „reichsten Land der Welt" aus. Es ist klar, daß die amerikanische Monopolbourgeoisie dieses System, in dem ihr Reichtum und ihre Macht begründet ist, mit allen Mitteln verteidigt. Sie wird niemals freiwillig von der Bühne der Geschichte abtreten. Im Gegenteil, sie bereitet sich darauf vor, über das amerikanische Volk die offene faschistische Diktatur zu errichten, ihm die noch verbliebenen Freiheiten vollständig zu rauben und es brutal und grausam zu unterdrücken. In der Tat ist die demokratische Tünche, die die Diktatur der Bourgeoisie zudecken soll, bereits recht fadenscheinig geworden. Es sind nicht nur die zahlreichen Skandale — angefangen von der Watergate-Affäre über die Bestechungspraktiken der Monopole bis hin zu den jüngsten Enthüllungen über die moralische Verkommenheit der Abgeordneten des Senats und Repräsentantenhauses — die den amerikanischen Werktätigen die innere Verkommenheit und ganze Fäulnis der parlamentarischen Institutionen und ihrer angeblichen Vertreter anschaulich vor Augen geführt haben. Die amerikanische Monopolbourgeoisie hat in der letzten Zeit eine Reihe faschistischer Gesetze verabschiedet. Zur Zeit wird im amerikanischen Senat das sogenannte „Senatsgesetz Nr. 1" verhandelt, mit dem sich das Finanzkapital, ähnlich wie der westdeutschen Imperialisten mit den Notstandsgesetzen, die Möglichkeit verschafft, in einer entsprechenden Situation „legal" die offene faschistische Diktatur zu errichten. Polizei, Armee, der ganze Gewaltapparat des amerikanischen Staates dient der amerikanischen Monopolbourgeoisie zur Unterdrückung des Kampfes der Werktätigen. Gummiknüppel der Polizei gegen streikende Arbeiter sind heute in den USA an der Tagesordnung. Die Tatsache, daß zur selben Zeit, als die Politiker am 4. Juli in ihren Reden die „Demokratie und Freiheit" beschworen, Einheiten der Polizei gegen die seit zehn Wochen im Streik stehenden Gummi- und Kautschukarbeiter eingesetzt wurden, sagt mehr als viele Worte.

Der Weg, den die amerikanische Monopolbourgeoisie geht, bedeutet Faschismus und Krieg mit dem russischen Sozialimperialismus um die Herrschaft in der Welt. Die chauvinistische Propaganda bei den 200-Jahr-Feiern mit ihren Appellen an die Arbeiterklasse, mit den Kapitalisten zur „Rettung der Nation zusammenzuarbeiten", zeigt das ebenso wie die wahnwitzige Aufrüstung, die Milliardensummen, die für neue und noch schrecklichere Waffen ausgegeben werden.

Millionen stehen im Kampf

Aber die Ausbeutung und Unterdrückung, die allgemeine Verschlechterung der Lebensbedingungen der Werktätigen, die ständige Faschisierung, die die Monopolbourgeoisie vorantreibt, werden von der Arbeiterklasse und all denen, die vom Kapital ausgebeutet und unterdrückt werden, nicht kampflos hingenommen.

Millionen von Arbeitern treten in jedem Jahr in den Streik. Seit Anfang 1976 streikten 440 000 Transportarbeiter. Der Streik der Gummi- und Kautschukarbeiter geht bereits in die zehnte Woche. Machtvolle Kämpfe führen auch die Landarbeiter in den Südstaaten der USA. In allen diesen Kämpfen stellen die Arbeiter nicht nur Forderungen nach höherem Lohn, sondern auch nach besseren Arbeitsbedingungen und vor allem nach der Sicherheit ihrer Arbeitsplätze. Ein besonderes Merkmal dieser Kämpfe ist ihre Länge und die Entschlossenheit der Arbeiter, auch ohne jede finanzielle Unterstützung durch die reaktionären Gewerkschaften, weiterzukämpfen.

Auch die unterdrückten nationalen Minderheiten, besonders die Afroamerikaner haben ihren Kampf verstärkt. Sie kämpfen gegen die besondere rassistische Unterdrückung, gegen Deportation und Abschiebung, gegen die politische Verfolgung durch Polizei und Justiz, schließen sich in Komitees und anderen Organisationen zusammen. Die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen der USA kämpfen unter besonders schweren Bedingungen. Ihnen steht nicht nur die bis an die Zähne bewaffnete Bourgeoisie gegenüber, sondern auch deren Handlanger, die von den Imperialisten bestochenen reaktionären Gewerkschaftsführer und vor allem die modernen Revisionisten der „K"P USA. Ihr Einfluß ist groß, und sie versuchen mit allen Mitteln, den Kampf und die Befreiung der amerikanischen Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen auf den Weg des Reformismus und der Versöhnung mit der amerikanischen Monopolbourgeoisie zu zerren. Sie versuchen den Werktätigen einzureden, daß sie ihre Befreiung und ihr Heil von einer allmählichen „Demokratisierung des Staatsapparates und dessen Umwandlung in ein Organ des Volkes" erwarten könnten. Bei den von den modernen Revisionisten am 4. Juli organisierten Demonstrationen wurde sogar die Losung ausgegeben, den Kampf für den „Anteil am Reichtum" zu führen, „der uns täglich gestohlen wird und für die Interessen einiger weniger Privilegierter verwendet" wird. **Die Wahrheit ist aber, daß die amerikanische Arbeiterklasse sich nur durch die sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats befreien kann.** Und ungeachtet der Anstrengungen und Manöver vor allem der modernen Revisionisten wächst die Zahl der Arbeiter, der Angestellten, der Angehörigen der nationalen Minderheiten, der einfachen Mitglieder der Gewerkschaften und der Jugendlichen, die sich im Kampf für die Verteidigung ihrer Lebensinteressen zu revolutionärer Grundlage zusammenschließen. Das ist zugleich ein großer Ansporn für die amerikanischen Marxisten-Leninisten, ihre Anstrengungen zum Aufbau einer marxistisch-leninistischen Partei zu verstärken, die allein in der Lage ist, den Kampf der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen zum Sieg zu führen.

Der tiefe und allgemeine Charakter der Krise des amerikanischen Imperialismus, hat Millionen von amerikanischen Werktätigen zum Kampf aufgerüttelt. Es ist genau so, wie Genosse Enver Hoxha in seiner Rede im Oktober 1974 erklärte: „Die werktätigen Massen, ihre bewußtesten Kräfte, werden sich bestimmt erheben, um ihre Lebensinteressen zu verteidigen und diese Krisensituation in eine günstige Sache für den Fortschritt der Sache der Revolution verwandeln."

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Chile
Die Pinochet-Junta geht ihrer Niederlage entgegen

In der letzten Woche reiste der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Moersch, zu einem offiziellen Besuch nach Chile. Nachdem er dem Chef der faschistischen Junta, Pinochet, die Hand gedrückt und sich freundschaftlich mit ihm unterhalten hatte, beeilte er sich, zu erklären, mit Chile „geht es aufwärts". In den Augen des westdeutschen Imperialismus geht es allerdings „aufwärts" mit Chile. Schließlich haben sie die Errichtung der faschistischen Diktatur seit jeher begrüßt. Sie hat den internationalen kapitalistischen Monopolen, darunter auch den Krupp und Thyssen, Tür und Tor geöffnet, so daß sie aus der Ausplünderung der Reichtümer des Landes und der Ausbeutung der chilenischen Arbeiterklasse Höchstprofite ziehen können. Das chilenische Volk hat sich dagegen niemals mit der faschistischen Unterdrückung abgefunden. An der Spitze seines Kampfes für den revolutionären Sturz der faschistischen Junta und die Vertreibung des Imperialismus, mit dem amerikanischen an der Spitze, steht die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles.

Wir drucken im folgenden Auszüge aus einem Interview mit einem führenden Genossen der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles (RKP) ab, das im Zentralorgan unserer belgischen Bruderpartei, der Kommunistischen Partei Belgiens/Marxisten-Leninisten, „Clarté", veröffentlicht worden ist. „Die marxistisch-leninistischen Genossen Chiles", heißt es in „Clarté", „sind sehr gut informiert, denn mit Ausnahme eines Dutzends von Kämpfern, die das Land vorübergehend auf Weisung der Parteiführung verlassen haben, um Kampfaufgaben im Ausland durchzuführen, sind alle Kämpfer, von der Basis bis zur Parteispitze, auf chilenischem Boden. Für sie bedeutet, den Widerstand gegen das faschistische Pinochet-Regime zu organisieren ... zwischen dem Volk zu leben, an der Spitze seines Kampfes die Front aufzubauen, den Verfolgungen und dem Tod zu trotzen, um geduldig, aber unaufhaltsam zum Sieg voranzuschreiten."

„Die kapitalistische Welt", erklärte der chilenische Genosse in dem Interview, „leidet an einer tiefen Krise, die sich auch besonders auf Chile auswirkt. Die Arbeitslosigkeit hat ein gewaltiges Ausmaß erreicht: 20% der arbeitsfähigen Bevölkerung. Die Preissteigerungen sind unglaublich. 1974 lag die Inflationsrate bei 1 000%. Im Augenblick steigt sie um 1% täglich. Berücksichtigt man die Kumulation, so beträgt sie 400% pro Jahr. In der Stadt und auf dem Land ist das Elend sehr groß. Und das Volk bleibt nicht passiv, es kämpft."

In Bezug auf den Zustand der politischen Kräfte im Land und ihrer Entwicklung nach dem faschistischen Staatsstreich erklärte der Genosse, daß die Parteien der „Unidad Popular", zu der auch die modernen Revisionisten gehören, zerschlagen wurden:

„Diese Parteien waren ausschließlich legale Parteien, in keiner Weise auf die Illegalität vorbereitet, die an nichts anderes dachten, als an Wahlbeteiligungen. Das Ergebnis war, daß die Faschisten, die bei hellem Tag operierten, die aufrührerischen Militärs, die offizielle Posten einnahmen, alle Strukturen dieser Parteien kannten und diese in weniger als einem Tag vollkommen beseitigen konnten.

Die revisionistische Partei war etwas besser organisiert und arbeitete etwas disziplinierter, was ihr auch etwas nützte, vor allem in der Provinz. Aber da sie ebenfalls keinen illegalen Apparat hatte, konnte sie nicht standhalten. Viele ihrer Führer sitzen im Gefängnis, die meisten leben im Exil. **Diejenigen, die im Land zurückblieben, widersetzen sich dem Kampf und predigen weiter den Weg vom friedlichen Übergang. Sie behaupten, daß jeder Widerstand die Unterdrückung verschärfen würde. Ihre einzigen Aktionen bestehen in der Organisierung von gegenseitiger Hilfe, die ausschließlich denen vorbehalten bleibt, die ihnen dienen. Sie setzen große Hoffnungen in ein Bündnis mit der Christdemokratie und sogar mit Teilen der Armee. Sie haben erklärt, wenn Pinochet geht, wären sie bereit, eine begrenzte Demokratie zu akzeptieren.** Man kann sagen, daß ihre Anhängerschaft sich enorm vermindert hat. Die Massen sagen völlig zu Recht, daß der Weg der Wahlen, der Legalismus, die Weigerung, das Volk zu mobilisieren, den faschistischen Staatsstreich erst möglich gemacht haben. In Chile selbst ist die revisionistische Partei in starkem Maße entlarvt.

Man muß auch ein Wort zur MIR sagen. Das war, wenn wir uns erinnern, eine linke Vereinigung, die sich auf Guevara berief. Ihre Kader ausschließlich junge Intellektuelle und Studenten. Die MIR verfügte über eine Menge Geld, sogar über einen Radiosender. Sie betete spektakuläre Aktionen an, ohne Organisation, ohne Disziplin, voller Abenteurertum, aber im Rahmen der Legalität. Ein Teil der MIR ging sogar terroristisch vor. Während des Staatsstreiches haben ihre Kämpfer teuer bezahlt. Viele wurden ermordet und viele eingesperrt. Sie gaben die Parole aus, nicht ins Exil zu gehen, den Kampf in Chile fortzusetzen, was korrekt war. Sie sind den Weg der Stadtguerillas gegangen, was Abenteurertum ist. Sie waren Helden. Aber das alles hat nichts genützt. Sie hatten viele Führer, die im Kampf gefallen sind, ohne Hoffnung. Schließlich sind heute ihre Kämpfer von allen Richtungen im Exil. Es gibt keine nationale Führung mehr, sondern nur noch regionale Gruppen, von denen einige mit der Revolutionären Kommunistischen Partei zusammenarbeiten."

In Bezug auf die Arbeit der RKP Chiles, ihre Aktionen und ihre Aussichten erklärte der Genosse in dem Interview mit „Clarté":

„Zur Zeit der Regierung der „Unidad Popular" war die RKP illegal, aber sie nutzte alle legalen Möglichkeiten aus, ohne eine auszulassen. Auch wenn die Partei verschiedene Fehler begangen hat, so ist doch sicher, daß sie gut organisiert, diszipliniert und auf alle Eventualitäten vorbereitet war. Der Demokratische Zentralismus funktionierte. Im Augenblick des Staatsstreiches haben alle Anweisungen gut funktioniert und es gab keine einzige Verhaftung. Das muß besonders hervorgehoben werden. Das alles hat der Partei, so klein sie auch war, große Kraft gegeben bei der Organisierung des Widerstands. Die RKP ist der Auffassung, daß die ‚Volksfront' verwirklicht werden muß. Das ist die einzige Organisation mit dem Charakter einer Front, die augenblicklich in Chile besteht. Ihre Losungen sind einfach: sich gegen die Diktatur zusammenschliessen, für die Freiheit, für bessere Lebensbedingungen. In der ‚Volksfront' gibt es nicht nur Marxisten-Leninisten, sondern auch Kämpfer solcher Parteien, die heute zerschlagen sind, wie solche der Sozialistischen Partei, regionale Kämpfer der MIR sowie Arbeiter, die noch beeinflußt sind vom Revisionismus, vom Christentum, und vor allem viele Menschen ohne Parteizugehörigkeit, ehrliche Menschen, die der faschistischen Diktatur ein Ende bereiten wollen. Man findet vor allem Kader zahlreicher Betriebe. Die Partei untersucht augenblicklich die Möglichkeiten, breiter in der Front zu arbeiten.

Die Revolutionäre Kommunistische Partei arbeitet in strengster Illegalität. Trotz verschiedener Verhaftungen sind ihre Strukturen intakt und verstärken sich. In der ersten Zeit des Faschismus begann sie mit der Herausgabe von Flugblättern — den ersten antifaschistischen Flugblättern, die im Land erschienen! Heute gibt die Partei eine Zeitung heraus, die regelmäßig alle 14 Tage erscheint, und sie hat eine Presseagentur ‚ANCHA, die regelmäßig Neuigkeiten für das Ausland veröffentlicht. **Sie hat seit einem Jahr 53 Kämpfe in Barackenvierteln der Städte geführt (für Wasser, für Licht, für Hygiene), und, an der Spitze der Massen, Siege errungen, die das Leben von 100 000 armen Chilenen verbessert haben. Sie hat Streiks in der Textilindustrie angeführt, in der Schuhindustrie und der Metallindustrie. Sie hat Aktionen der Arbeitslosen geleitet. Sie hat weiter öffentliche Versammlungen organisiert, die Genossen, die Reden hielten, waren bei Ankunft der Polizei plötzlich verschwunden. Sie hat weiter die vorübergehende Besetzung eines Bürgermeisteramtes für eine Versammlung organisiert. Der letzte 1. Mai war Anlaß zu einer breiten Kampagne der Massen gegen die Junta, wobei Flugblätter verteilt, Versammlungen und kleine Kundgebungen abgehalten wurden. Die Partei verachtet keineswegs die Möglichkeiten legaler Aktionen, vor allem auch innerhalb kultureller Organisationen.** Heute ist die Partei viel stärker als vor dem faschistischen Staatsstreich. Sie verbindet sich mit den Massen. Sie hat ihre stärksten Kräfte in der Arbeiterklasse, in den großen Betrieben von Santiago, Conception und Valparaiso. Hier gibt es Fortschritte. Doch auf dem Land ist die Arbeit noch schwach und hier liegt noch ein wesentlicher Bereich, um voranzuschreiten auf ein höheres Niveau des Widerstandes."

Der chilenische Genosse schließt das Interview mit der Erklärung, daß die chilenischen Marxisten-Leninisten im Kampf für den Sturz der Junta und ihres Oberherren, dem amerikanischen Imperialismus, unmöglich siegen können, ohne den modernen Revisionismus noch besser zu entlarven, dessen Verrat den faschistischen Staatsstreich erst ermöglicht hat. Sie kämpfen zugleich gegen den russischen Sozialimperialismus.

„Unser Genosse erzählte weiter", heißt es abschließend in „Clarté", „wie sehr die Revolutionäre Kommunistische Partei und alle wahren Patrioten Chiles die Kampagne von Verleumdungen mißbilligen, die von den Revisionisten, den Trotzkisten und anderen ausgekochten Reaktionären gegen die VR China geführt wird, die ein ernster und aufrichtiger Freund des chilenischen Volkes und seiner nationalen Unabhängigkeit ist. Wenn die Stunde der Abrechnung kommt, dann werden die Widerstandskämpfer sprechen und die Flüchtlinge, die fern von Chile in Osteuropa und der UdSSR das Maul aufreißen, können nichts weiter tun, als schweigen."

Brief eines Genossen aus Santiago
Revolutionärer 1. Mai in Chile

Wir drucken im folgenden den Brief eines Genossen aus Chile ab, den die revolutionäre chilenische Nachrichtenagentur ANCHA kürzlich veröffentlicht hat:

¡Viva el 1º de Mayo!



Unámonos para luchar contra la dictadura militar y para recuperar los derechos pisoteados de nuestro Pueblo ¡¡Venceremos!!
Frente del Pueblo

Santiago, 4.5.76

„Genossen der ANCHA!

Ich schreibe Euch diesen Brief, um Euch über einige Aktivitäten der ‚Volksfront' und der ‚Widerstandskomitees' am 1. Mai zu informieren. Trotz der Unterdrückung haben wir beschlossen, diesen 1. Mai so groß wie möglich zu feiern. Ende April haben wir Flugblätter in den Fabriken, Schulen und Ortsteilen verteilt. Ich schicke Euch anbei einige Exemplare. Wir veranstalteten kleine Versammlungen der ‚Widerstandskomitees' und luden einige sympathisierende Freunde ein, mit denen wir die Wichtigkeit des 1. Mai diskutierten und daß die beste Art, ihn zu feiern, der Kampf gegen die Junta ist, bis man sie vernichtet hat. Deshalb war das Wichtigste, was wir an Versammlungen gemacht haben, die Organisierung einer Versammlung in einem bedeutenden Stadtviertel durch eine legale Organisation, die dort besteht und der 350 Personen angeschlossen sind, was unter den gegebenen Bedingungen einen großen Erfolg darstellt.

Zur Huldigung der Märtyrer von Chicago (im Mai 1886 erschoß die Polizei in Chicago während einer Demonstration vier revolutionäre Arbeiter – RM) wurden folkloristische Lieder gesungen und bei der Vorstellung jedes Liedes sprachen wir über die Situation, in der wir leben und über die Wichtigkeit der Einheit und der Solidarität. Dann verteilten wir Flugblätter zum 1. Mai.

Darüberhinaus gab es auch Versammlungen und andere Aktionen, aber ich möchte hier nur die erwähnen, an denen ich teilgenommen habe.

Die Diktatur versuchte z.B. am 1. Mai mit den Führern der Gewerkschaften, die dazu gezwungen worden waren, offizielle Feierlichkeiten durchzuführen. Diese Feiern waren im ganzen Land ein totaler Mißerfolg, die meisten fanden ohne Publikum statt. Die Feier von Arica wurde mangels Teilnehmer abgesetzt. Die Zeitung ‚Mercurio', die die Meinung der Oligarchie vertritt, mußte dies am 2.5. zugeben.

Gut, Genossen. Empfangt unsere brüderlichen Grüße und seid versichert, daß wir hier kämpfen und nicht locker lassen werden, bis die Tyrannei, die uns unterdrückt, vernichtet ist.

Der Widerstand wird siegen!"

Fanny Zulema Vila Roure freigekämpft!

Die Front des chilenischen Volkes hat mitgeteilt, daß Genossin Fanny Zulema Vila Roure durch den Druck der großen internationalen Solidarität freigekämpft werden konnte. Die Genossin, eine 28jährige Mathematiklehrerin, wurde am 1. September 1975 verhaftet, brutal gefoltert und im Konzentrationslager Tres Alamos gefangengehalten. Doch die chilenischen Folterknechte konnten ihren revolutionären Geist nicht brechen. ANCHA, die Presseagentur des chilenischen Volkes, forderte die Völker in der ganzen Welt auf, für die Freilassung der Genossin zu kämpfen. Diese internationale Kampagne wurde nun siegreich abgeschlossen. In ihrem Schreiben dankt die Front des chilenischen Volkes allen Freunden und Genossen für ihre Solidarität und versichert, daß der Kampf für die Freiheit aller 10 000 politischen Gefangenen in Chile unvermindert fortgeführt wird.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00- 6.30	41 und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)
32 m entspricht	9,26 MHz (KW)
41 m entspricht	7,23 MHz (KW)
50 m entspricht	5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca.	1400 KHz (MW)



RADIO PEKING

19.00-20.00	31,7 m, 42,7 m und 38,5 m (KW)	31,7 m entspricht	9,46 MHz (KW)
		42,7 m entspricht	7,01 MHz (KW)
21.00-22.00	ebenso	38,5 m entspricht	7,78 MHz (KW)

Dürre in der Bundesrepublik

Monopole sahnen ab - Ruin für viele Bauern

Tausende Kleinbauern sowie untere Mittelbauern müssen um ihre Existenz fürchten: Die Hitzewelle hat in vielen Gegenden zu einer Dürre geführt, die die Ernteerträge starkt verringern wird. Hilfe haben sie nicht zu erwarten. Das Geschäft dagegen werden – auf Kosten der kleinen Bauern, wie auf Kosten der Werktätigen – die Konzerne der Nahrungsmittelindustrie mit starken Preiserhöhungen machen.

In vielen Gebieten sind die Felder ausgedörrt: Die Gemüsepflanzen vertrocknet, der Weizen reift bereits in Kniehöhe mit geringem Kornertrag aus und das Weideland gleicht vielerorts einer sonnenverbrannten Steppe. Schon jetzt gilt ein Ernteausfall von 40% als sicher. In manchen Gebieten im Südwesten sollen sogar bis zu 70% der Ernte bedroht sein. Eine Bewässerung ist in vielen Gebieten nicht möglich, da die Vorkehrungen, für die die Landesämter für Wasserversorgung zuständig sind, zumeist fehlen. In einigen Gebieten wird die Wasserversorgung – so im Saarland und im Würzburger Raum – z. T. nur noch durch Tankwagen aufrechterhalten. Wie sollte es da Wasser für die Bauern geben? Das Bayrische Landesamt für Wasserversorgung stellte dazu unumwunden fest: Sie könnten „keine Vorsorge für ein Jahrhundertereignis wie dieses Hitzejahr treffen. Da ist eine Mißernte wahrscheinlich viel billiger." Nun, daß vor allem Klein- und Mittelbauern Mißernten zu verzeichnen haben, da es an Wasserversorgung fehlt, liegt durchaus nicht



Ausgetrockneter Ackerboden

am „Jahrhundertereignis", sondern hat diese Bauern noch in jedem trockenerem Sommer getroffen. Das Entscheidendere aber ist, daß die Bourgeoisie und ihre Staatskasse lieber Mißernten sieht, als Einrichtungen für die Wasserversorgung zu finanzieren; denn Mißernten gehen auf Kosten der kleinen und mittleren Bauern sowie auf Kosten der Werktätigen, die noch höhere Lebensmittelpreise zu zahlen haben werden. Ja mehr noch – diese Mißernten kommen der Bourgeoisie geradezu gelegen: Wurden vorher Nahrungsmittelberge aufgehäuft, um den Nahrungsmittelmonopolen durch Verknappung auf dem Markt Preiserhöhungen zu ermöglichen, so werden die Preiserhöhungen für die Bourgeoisie jetzt durch die drohende Mißernte erreicht. Hier zeigt sich offen, daß der Bourgeoisie nicht etwa an der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln gelegen ist, sondern daran, die kleineren Bauern auszuplündern und den anderen Werktätigen durch Preiserhöhungen den Lohn aus den Taschen zu ziehen.

Ein Beispiel ist dafür die gegenwärtige Lage auf dem Fleischmarkt. Insbesondere die kleinen und mittleren Bauern sehen sich vielerorts angesichts der Dürre gezwungen, ihre Rinder, vor allem die Jungtiere, und Schweine abzuschlachten. Frischfutter gibt es kaum und das Mischfutter der Futtermittelkonzerne ist zu teuer. Tausende Rinder und Schweine wurden in den letzten zwei Wochen notgeschlachtet. Für die Klein- und Mittelbauern bedeuten diese Schlachtungen große Verluste – wenn nicht den Ruin. Viele Klein- und Mittelbauern konnten nur überleben, indem sie sogenannte Weidewechsel aufgenommen haben, um sie nach einer Laufzeit von zweimal 1/4 Jahr mit dem Erlös des verkauften Schlachtviehs einzulösen. Viele Weidewechsel werden jetzt platzen und bei manchem den Ruin besiegeln, denn die Verkaufseinbußen sind groß: Für ein Jungtier erhalten sie zur Zeit 500 bis 800 DM weniger. Auf der anderen Seite aber ist das Fleisch bis auf einige Rindfleisch-Sonderangebote in Supermärkten kaum billiger geworden. Die fleischverarbeitenden Konzerne haben vor allem bei Wurstwaren ihre Preise nicht einen Pfennig gesenkt; ihre Profite jedoch steigen um 15 bis 20%.

Entsprechend wird es bei der Ernte im Herbst aussehen: Die kleinen und mittleren Bauern werden ihre Vertragspreise erhalten, die vielleicht sogar noch wegen der Qualität der Ernte gedrückt werden, und die Werktätigen werden für die meisten Nahrungsmittel noch höhere Preise zahlen müssen. Nicht der heiße Sommer ist es, der die Kleinbauern dem Ruin entgegentreibt und den Werktätigen höhere Lebensmittelpreise diktiert, sondern es sind die Monopolkapitalisten, die auf diese Weise ihre Profite sichern.

Demonstration gegen US-Besatzer

Am 3. Juli führte die KPD/ML in Westberlin gemeinsam mit dem KBW eine Demonstration durch gegen eine Truppenparade der US-Besatzer in Berlin-Dahlem, die die US-Imperialisten aus Anlaß ihrer 200-Jahr-Feier veranstalteten. Etwa 500 bis 600 Personen nahmen an der Demonstration gegen die US-Besatzer teil. Die Demonstration ging durch die Innenstadt zum Amerikahaus, wo eine Kundgebung stattfand. Da an diesem Tag verkaufsoffener Samstag war, wurde die Demonstration von vielen Menschen gesehen. Insbesondere die Parole „Amis raus aus Westdeutschland – Russen raus aus der DDR!" fand unter den Zuschauern der Demonstration oft Unterstützung.



DGB-Chef bei der Bundeswehr

Militarist Vetter

Drei Tage lang besuchte Oskar Vetter als Vorsitzender des DGB – Apparates in der letzten Woche die Bundeswehr. Es war das erste Mal, daß ein DGB-Vorsitzender auf diese Weise so offen die Zusammenarbeit zwischen imperialistischer Armee und reaktionärem Gewerkschaftsapparat bloßlegte.

Zu Beginn seines Besuchs sprach Vetter in der Hamburger Bundeswehr-Universität vor 200 Offizieren. Heute, so erklärte er, gäbe es „eine Frontstellung zwischen Militär und organisierter Arbeitnehmerschaft nicht mehr". Eine Unverschämtheit! Während in der Bundeswehr Fabrikbesetzungen gegen streikende Arbeiter geübt werden, der Bürgerkrieg der Bourgeoisie geprobt wird, während die westdeutschen Imperialisten im Rahmen der wachsenden Kriegsgefahr zwischen den beiden Supermächten an der Seite des US-Imperialismus die Militarisierung allseitig vorantreiben – da stellt sich dieser Mann hin und erklärt, zwischen imperialistischer Armee und Arbeiterklasse gäbe es keine Frontstellung mehr. Hier zeigt sich ganz offen der imperialistische Charakter des DGB-Apparates selbst. Vetter bekannte in seiner Rede ganz freimütig, den Widerstand der Arbeiterklasse gegen das Unterdrükkungs- und Kriegsinstrument der westdeutschen Imperialisten zu brechen, um so den Kapitalistenstaat aufrecht zu erhalten: „Wenn wir eine lebendige und belastbare Beziehung zwischen der bewaffneten Macht und der organisierten Arbeitnehmerschaft herstellen, braucht es uns um diesen Staat nicht bange zu sein." In der Tat ist es so, daß die Bourgeoisie nichts so sehr fürchtet wie eine Arbeiterklasse, die sich entschlossen und kampfbereit dem Militarismus entgegenstellt. Um so schändlicher ist dieser Versuch Vetters, die Bundeswehr innerhalb der Arbeiterklasse aufzupolieren.

Bruchbuden für die Armen ...





Nach den Statistiken der Regierung verbessern sich die Wohnverhältnisse von Jahr zu Jahr: alljährlich werden zigtausende neue Wohnungen gebaut.

Wie aber sieht die Wirklichkeit aus? Ein Beispiel dafür sind die Photos, die uns ein Genosse aus Mannheim schickte. Das erste Photo zeigt eines der abbruchreifen Wohnhäuser in Ludwigshafen – Friesenheim, in denen oft in einem Zimmer ganze Familien von zumeist ausländischen Kollegen hausen müssen. Das andere Bild zeigt das „Collini-Center" in Mannheim, das von der „Neuen Heimat" des DGB gebaut wurde. Doch die Eigentumswohnungen sind derart teuer, daß – den Türschildern am Eingang nach zu urteilen – allenfalls 25% davon bewohnt sind. Zigtausende solcher Wohnungen stehen leer, während viele Werktätige in Bruchbuden hausen müssen. Das ist die kapitalistische Wirklichkeit.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN bezogen werden.

○ Ich möchte besucht werden. Ich bitte um Informationsmaterial ○
(Bitte ankreuzen und an das nächstgelegene Parteibüro einsenden).

Zentrales Büro, Redaktion ROTER MORGEN und Landesverband (LV) NRW: 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

PARTEIBÜROS:

LV Wasserkante, Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/4399137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, Hannover, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 17.00 bis 19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621/376744. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, München, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/535987. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030/4652807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Do und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13. Tel.: 0431/74762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Köln, (Köln 91), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Öffnungszeiten: Di-Fr 15.00-18.30 Sa 9-13 Uhr. Tel.: 0221 / 85 41 24.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16. Tel.: 0251/65205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

Parteiveranstaltungen

DORTMUND

Am 17.7. Veranstaltung zum Prozeß von Genossen Michael Banos

19.00 Uhr, Jacobsschänke, Weißenburgstraße

BIELEFELD

Am 16.7. Veranstaltung zur Großen Proletarischen Kulturrevolution in der VR China

Bielefeld-Quelle
19.00 Uhr Gaststätte Sprungmann